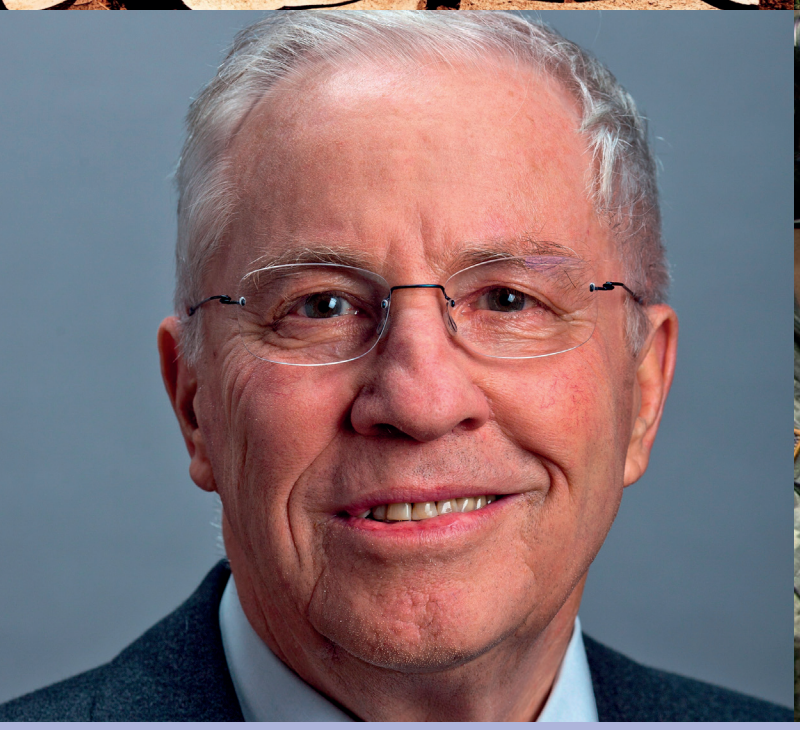
PROTECT-IT

FACHZEITSCHRIFT FÜR POLIZEI, ARMEE UND SICHERHEIT

Ausgabe 29
Oktober 2013
www.protect-it.ch



▸ CHRISTOPH BLOCHER ZU POLIZEI UND ARMEE

KLIMAREPORT:
UNSICHERHEIT DOMINIERT

GRIPEN FAQ:
HAPPY LANDING?

ULRICH GRAF, KABA:
INNOVATIONEN ZUR SICHERHEIT

AUFRÜSTUNG IM CYBERSPACE:
DER KRIEG HAT BEGONNEN

CITIMAGE

CITIMAGE beinhaltet regelmässig aktualisierte und hochaufgelöste Luftbilder über die 30 grössten Stadtregionen der Schweiz. CITIMAGE wird in einem Dreijahreszyklus aktualisiert, die Bodenauflösung beträgt 10 cm.

CITIMAGE bietet Anwendern von Geoinformation in den Bereichen Sicherheit, Blaulichtorganisation und Immobilienverwaltung die Möglichkeit, ohne eigenen Planungsaufwand auf hochgenaues und regelmässig aktualisiertes Bildmaterial zurückgreifen zu können.

30 Städte

CITIMAGE umfasst die folgenden Stadtregionen:
Aarau, Basel, Bellinzona, Bern, Biel, La Chaux-de-Fonds, Chur, Frauenfeld, Fribourg, Genf, Kreuzlingen-Konstanz, Lausanne, Lugano, Luzern, Neuchâtel, Nyon, Olten, Rapperswil-Jona, Schaffhausen, Sion, Solothurn, St. Gallen, Thun, Uster, Vevey, Wil (SG), Winterthur, Yverdon, Zug und Zürich.

Kundenbedürfnisse

Eine der Grundideen von CITIMAGE ist, bestmöglich auf Kundenbedürfnisse einzugehen und diese möglichst direkt in die Produktion einfliessen zu lassen. So können auf Anfrage die Perimeter der einzelnen Stadtregionen angepasst, weitere Städte in CITIMAGE integriert oder der Befliegungszeitpunkt des jeweiligen Gebietes angepasst werden.

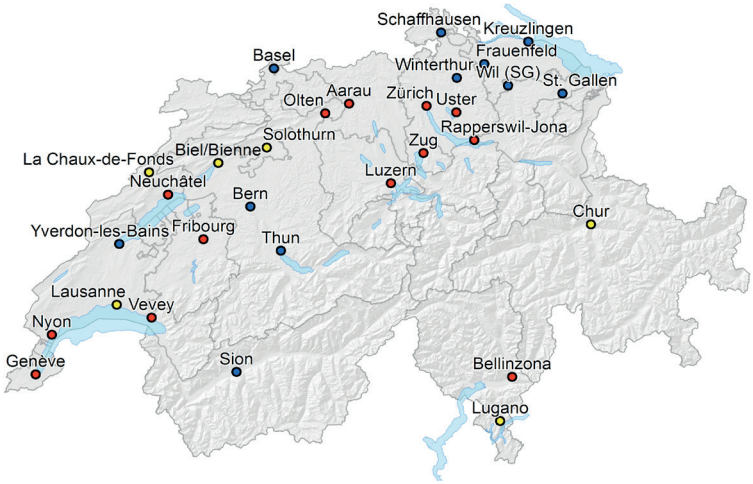


Abb. 1: Produktionsplanung 2013 – 2015 (Flugjahr): gelb: 2013, rot: 2014, blau: 2015

Produkte

CITIMAGE wird in den drei Varianten Orthofoto, Luftbilder oder als Bundle „Orthofoto und Luftbilder" angeboten. Somit steht für die unterschiedlichsten Mess-, Planungs- und Dokumentationsaufgaben sowohl in 2D als auch in 3D eine ideale Datengrundlage bereit.
Aus der Befliegung 2012 liegen folgende Städte als fertige Produkte vor: Basel, Frauenfeld, Kreuzlingen-Konstanz, Schaffhausen, Sion, St. Gallen, Thun, Wil, Winterthur und Yverdon.

Weitere Informationen unter **www.citimage.ch**

Mathias Zesiger, Bundesamt für Landestopografie swisstopo
Seftigenstrasse 264, 3084 Wabern, www.swisstopo.ch

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Landestopografie swisstopo
www.swisstopo.ch

www.citimage.ch

Blick in die Welt 4

News 8

Interview
Christoph Blocher zu Sicherheit und Militär 12

Klimareport
Sicher ist die Unsicherheit 16

Flugzeugbeschaffung
Gripen hebt ab – kommt es zur Landung? 19

Firmen der Brache: Einbrüche in der Schweiz 22

Interview mit Ulrich Graf von KABA
über Innovationen der Sicherheit 26

Aufrüstung im Cyberspace 28

Politik: So reden wir mit 32

Zuwanderung: Personenfreizügigkeit Schweiz 34

Materialtest
Black Eagle® Adventure 10 low von HAIX 36

Materialtest
M20-X Warrior S 37

Editorial

Nun ist es soweit: protect-it goes digital! Für Sie haben wir das Magazin als Flippingbook – zum Blättern, Vergrössern, Downloaden oder Ausdrucken aufbereitet. Zusätzlich finden Sie nun auch Vertiefungen zu Themen der aktuellen Ausgabe in den diversen Rubriken dieser Website.

Zu unserem aktuellen Magazin und den letzten Monaten: Manchmal hat man das Gefühl, die Welt drehe sich schneller, als man zum Nachdenken kommt. News jagen sich, heute sind sie heiss, morgen Schnee von gestern. Wir sind als Journalisten oft in einer schwierigen Lage: Was ist wichtig, was können wir anders zeigen als andere, vertiefend, aus einer anderen Optik und dennoch attraktiv damit es für Sie etwas bringt. Wir verstehen uns nicht als Berichterstatter von Interessegruppen oder Unternehmen. Die Fachbeiträge bieten uns und Ihnen Anregungen, Reportagen nehmen Sie auf die Reise, die Studien sollen Ihnen besondere Einblicke geben. Wir sehen uns als weder als Weltverbesserer noch als Aufrührer, sondern als Erzähler und Lotsen, die Ihnen komplexe Zusammenhänge objektiv, unaufgeregt und gut verständlich vermitteln möchten.

Anton Wagner

DER BLICK IN DIE WELT

Von oben: Terroranschlag mitten in Peschawar; Horrorszenen nach dem Anschlag; nach dem Erdbeben von Ende September; Begräbnis der Bombenopfer.

PAKISTAN

DROHNENKRIEG UND GEWALT

Der Drohnenkrieg der USA gegen Terroristen zeigt in Pakistan seine verheerende Wirkung. Die Angriffe mittels der ferngelenkten unbemannten Flugkörper sind für die USA das wichtigste Mittel im Kampf gegen den Terror. Durch „leaking" öffentlich gewordene Geheimberichte („Details of Attacks by NATO Forces/ Predators in FATA", „Yusufzai Report") der pakistanischen Regierung und weitere Erhebungen, die vor Ort gemacht wurden und als glaubhaft gelten, zeigen das gesamte Ausmass dieser Kriegsführung deutlich: Demnach starben seit 2004 mindestens 2'566 Menschen im Drohnenkrieg der amerikanischen Geheimdienste in Pakistan. Andere Zählungen kommen sogar auf 3'570 Todesopfer. 411 bis 890 von ihnen seien demnach Zivilisten gewesen, darunter mindestens 97 Kinder; Folge von Hunderten von Drohnen-Attacken der CIA sowie der Nato. Das überfordert die unruhige Region und spielt militanten Gruppen in die Hände. Beispiel: Anfangs des Monats wurden allein in einer Woche drei massive Bombenangriffe in der Hauptstadt Peschawar verübt; Folge über 140 Tote. Eine traf eine historische Strasse in Peshawar, Dutzende von Menschen sind tot. Und das, während das Land mit einem gewaltigen Erdbeben zurechtkommen muss. Die Zunahme der Gewalt in Pakistan hängt mit den jüngsten Diskussionen um Friedensgespräche zusammen, was militante Gruppen mit Gewalt beantworten. ◀

Quellen: Channel 4 News, The News, Kuna, Pakistan Today, BBC, Express Tribune, Daily Mail, The Nation (Pakistan), Associated Press, AFP, Washington Post, PTI, New York Times, CNN, ABC News, Guardian, Los Angeles Times, Xinhua, Al Jazeera (AFP), Dawn, TIME, Yusufzai Report.

KENIA

TERROR IN NAIROBI

Security und Polizeibeamte im Kampf gegen die Terroristen.
Rauch über dem teilweise eingestürzten Einkaufszenter.
Flüchtende Menschen – nicht allen gelingt es.
Terror im Einkaufszenter.

Islamisten überfallen ein Einkaufszentrum in Nairobi, der Hauptstadt Kenias. Die Belagerung wurde, nach Tagen der Ungewissheit, durch die kenianischen Streitkräfte und die Polizei blutig beendet. 67 Opfer sind zu beklagen, rund 40 Personen werden vermisst und sind vermutlich unter den Trümmern des Westgates begraben. Tagelang hielt der Terror die Stadt in Atem. Die Verantwortung übernahm die Terrorgruppe „Somalia Al Shabaab" aus Somalia. Die Ziele dieser Terroristen sind die Streitkräfte Kenias, die jetzt in Somaila sind. Das Leid, das diese Streitkräfte dem somalischen Volk angetan hätten, solle nun auch das kenianische Volk zu spüren bekommen, begründet der Al Shabaab-Sprecher die Bluttat in Nairobi – und droht mit weiteren Anschlägen. – Alle Warnungen im Vorfeld wurden durch die Behörden missachtet. So war die Regierung kurz vor dem Anschlag davor gewarnt worden, dass ein Terrorkommando ein Gebäude stürmen und unter den Besuchern gezielt Geiseln festhalten wolle. Als mögliche Tatorte waren das Westgate, eine nahe gelegene katholische Kirche, amerikanische Einrichtungen sowie verschiedene Uno-Büros genannt worden. Ähnliche Warnungen hat es seit Anfang Jahr gegeben. Dabei wurde auf ein Shabaab-Kommando verwiesen, das auf Ressourcen der Kaida würde zurückgreifen können. Noch deutlicher waren Warnungen des israelischen Geheimdienstes Mossad, der ausdrücklich vor Terrorangriffen auf Einrichtungen in israelischem Besitz Mitte September gewarnt haben soll. Die Meldungen sind Mitte September, kurz vor dem Anschlag im Westgate, zusammenfassend dem Sicherheitsausschuss der Regierung vorgelegt worden, in dem neben Präsident Kenyatta mehrere Minister und die Chefs von Armee, Polizei und Geheimdienst Einsitz haben. – In einigen der wortkargen Verlautbarungen der Behörden versuchen sich nun die Verantwortlichen damit herauszureden, dass die Warnungen nur einen Teil der täglichen Hinweise ausgemacht hätten, die sie analysieren müssten. – Der Anschlag hätte verhindert werden können! Doch Kenia, im regionalen Vergleich wohlhabend, hat seine innere Sicherheit vernachlässigt und begegnet den seit Jahren bekannten Missständen mit der behördlichen Gleichgültigkeit, die vielen afrikanischen Staaten Probleme macht. ◀

Stadt in Flammen

PHILIPPINEN

KÄMPFE IM MUSLIMISCHEN SÜDEN

Am 9. September stürmen muslimische Rebellen von Booten aus die Stadt Zamboanga – um sie zu erobern. 130'000 Einwohner der Millionenmetropole im Süden des Landes fliehen aus ihren Häusern in Massenunterkünfte. Die Rebellen brennen über 10'000 Häuser nieder. Militär und Polizei stellen sich den Angreifern in den Weg! Heftige Kämpfe toben, bis die Rebellen aus der Stadt vertrieben sind. Die Kämpfer sind unerbittlich – hunderte Männer greifen danach kleine Dörfer am Rande von Zamboanga an der Küste an. Sie verschanzen sich dort mit den Bewohnern als Geiseln. Das Militär kesselt schliesslich fünf Dörfer ein – eine dreiwöchige Belagerung beginnt! Immer wieder gibt es Schiessereien. 183 Rebellen, 23 Soldaten und Polizisten sterben! Dutzende Anwohner sollen getötet worden sein. Vorerst zeichnet sich ein Patt ab. Dann startet die Regierung eine Grossoffensive. Die Rebellen werden besiegt, 195 Geiseln befreit! 292 Rebellen wurden festgenommen, ein paar Kämpfer sind noch auf der Flucht. Die Geiselterroristen gehören zur Moro Nationale Befreiungsfront (MNLF). Die Gruppe kämpft für mehr Autonomie der muslimischen Regionen im Süden der überwiegend katholischen Philippinen. ◀

Die Armee greift durch – Soldaten am 5. Tag der Unruhen.

Gefangene Rebellen

ÄGYPTEN

MUSLIMBRUDERSCHAFT AM ENDE?

Krawall der Anhänger Mursis

Hunderte wurden in Ägypten wieder getötet als Sicherheitskräfte Protestcamps von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi in Kairo stürmten. Die Gewalt brach zuerst in den Strassen in der Hauptstadt aus und steckte dann das ganze Land an. Jahrzehnte existierten sie im Untergrund, dann kam die Muslimbruderschaft 2012 mit Mohammed Mursi an die Macht in Ägypten. Doch nach einjähriger Präsidentschaft wird Mursi durch das Militär im Juli 2013 gestürzt und verhaftet. Ein Gericht befindet die Muslimbruderschaft als Nichtregierungsorganisation (NGO) als illegal, ihr Vermögen wird eingezogen. Es geht um viel Geld, um Milliarden. Die Muslimbruderschaft hatte in den vergangenen Jahrzehnten ein landesweites Netzwerk aus Wohltätigkeitsorganisationen aufgebaut, ein Sicherheitsnetz für die ärmste Bevölkerungsschicht: Armenspenden, Kindergärten, Krankenhäuser. Jetzt, ohne finanzielle Mittel, ist sie am Ende. Die Militärs sind nicht gewillt, diese Gruppierung wieder an die Macht zu lassen.

SYRIEN

RADIKALE KÄMPFER

Syrischer Rebell als Scharfschütze

Während die Welt die Entscheidungen des UNO-Sicherheitsrats zur Kenntnis nimmt und den ersten Schritt zu einer möglichen Friedensdiplomatie begrüsst, geht der Bürgerkrieg unvermindert heftig weiter. Nach den chemischen Angriffen, dem Kampf um kleine Geländegewinne und Hunderten von zerstörten Städten und Dörfern, sterben täglich Menschen und fliehen Zivilisten aus dem Land. Mehr als 110'000 Menschen starben bisher und Millionen wurden vertrieben. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Inzwischen hat sich der Aufstand gegen Syriens Diktator Assad gewandelt: Waren vor wenigen Monaten nur einzelne Kampfverbände islamistisch, finden die Radikalen nun immer mehr Anhänger. Extremisten haben jetzt eine „Armee des Islam" gegründet. Als im Frühjahr 2011 der Aufstand gegen das Regime Baschar al-Assads begann, wurde er von der Zivilgesellschaft getragen und geprägt. 31 Monate später treten die islamistischen Rebellenverbände immer selbstbewusster auf. Dass die Islamisten nun eigene Verbände gründen und sich in Dachverbänden organisieren, ist eine neue Entwicklung: Vor nur wenigen Monaten konnten nur einige wenige Rebellengruppen in Syrien als radikalislamistisch gelten. Diese, allen voran die Qaida-nahe Nusra-Front, hatten Probleme, in der oftmals nicht sehr an religiösen Belangen interessierten Bevölkerung Sympathien zu gewinnen. Doch das hat sich geändert. Je länger die vom Westen versprochene Hilfe für gemässigte Rebellen ausblieb, desto mehr Einfluss haben islamistische Einheiten gewonnen. Gerade nach dem im vergangenen Monat erst angekündigten und dann abgesagten US-Militärschlag gegen das Assad-Regime haben sich noch einmal viele Rebellen zutiefst enttäuscht von der internationalen Gemeinschaft abgewandt. Sie suchen nun Anschluss an radikalere Gruppen. Inzwischen kündigten 13 nordsyrische Verbände – darunter auch die Nusra-Front – der Syrischen Nationalen Koalition, den Vertretern der zivilen Opposition und der Übergangsregierung ihre Loyalität auf. Dies dämpft Hoffnungen, dass es unter der Führung und Vermittlung der Weltgemeinschaft eine politische Lösung des syrischen Konflikts geben könnte.

NAGRA LEGT NEUE PLANUNGSSTUDIEN VOR

TIEFENLAGER GESUCHT

Dies geschieht in so genannten Planungsstudien. Die Nagra stützt sich dabei auf die Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen den Regionalkonferenzen, den Behörden und der Nagra und auf die von den Vollversammlungen der Regionalkonferenzen verabschiedeten Stellungnahmen. Nach der Planungsstudie für die Standortregion Wellenberg, die am 5. September 2013 publiziert wurde, liegen nun für zwei weitere Regionen Planungsstudien vor: Im Standortgebiet Jura Ost hat die Nagra das Areal «JO-3+» und im Standortgebiet Jura-Südfuss das Areal «JS-1-SMA» für den Verbleib im weiteren Verfahren.

In den Planungsstudien begründet die Nagra ihre Wahl und beschreibt eine mögliche Oberflächenanlage auf dem vorgeschlagenen Areal. Die Planungsstudien bilden unter anderem die Grundlage für die Untersuchungen zu den standortspezifischen Auswirkungen eines geologischen Tiefenlagers auf Gesellschaft und Umwelt. Im Vorfeld der jeweiligen Präsentation wurden die betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, die Gemeinde-, Regions- und Kantonsvertretungen vom Bundesamt für Energie BFE persönlich orientiert.

Zwischenstand

Sechs Regionen stehen als mögliche Standorte für künftige geologische Tiefenlager auf dem Prüfstand. Bereits liegen Planungsstudien für die Standortregionen Wellenberg, Jura Ost und Jura-Südfuss vor. Ausstehend sind die Planungsstudien der drei weiteren Standortregionen Nördlich Lägern, Südranden und Zürich Nordost. Neben geologischen und technischen Untersuchungen muss die Nagra in diesen Regionen auch mögliche Standortareale für die Oberflächeninfrastruktur der Lager evaluieren und schliesslich – in einer Planungsstudie – bezeichnen. Seit rund eineinhalb Jahren diskutieren die Regionalkonferenzen der betroffenen Regionen die von der Nagra im Januar 2012 vorgeschlagenen 20 Standortareale. Sie werden ihre Stellungnahmen in den nächsten Wochen verabschieden.

Verlauf des Auswahlverfahrens

Zu den in den Planungsstudien bezeichneten Arealen führt die Nagra bautechnische Risikoanalysen durch und erstellt ein Pflichtenheft für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Weiter erfolgen provisorische Sicherheitsanalysen und ein sicherheitstechnischer

Vergleich. Diese Untersuchungen bilden die Grundlagen für die Nagra, die im weiteren Verlauf von Etappe 2 mindestens je zwei geologische Standortgebiete pro Abfallkategorie (schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie hochradioaktive Abfälle) inklusive zugehörigem Oberflächenareal bezeichnen muss. Die Vorschläge werden anschliessend behördlich überprüft und es folgt eine öffentliche Anhörung.

Am Ende von Etappe 2 - voraussichtlich 2016 - wird der Bundesrat entscheiden, welche Standortgebiete im weiteren Auswahlverfahren verbleiben. Die definitive Standortwahl erfolgt in Etappe 3, in der das nach Kernenergiegesetz erforderliche Rahmenbewilligungsverfahren eingeleitet wird. Die Rahmenbewilligung wird vom Bundesrat erteilt und muss vom Parlament genehmigt werden. Sie untersteht dem fakultativen Referendum. ◀

JAHRESKONFERENZ DER SCHWEIZER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT VON DEZA UND SECO

SCHWEIZ ENGAGIERT SICH VERSTÄRKT

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit von DEZA und SECO soll Partnerländer vermehrt unterstützen, damit diese selbständiger, sicherer und widerstandsfähiger werden. Anhand von konkreten Beispielen stellte die Jahreskonferenz das Engagement der Schweiz in fragilen Kontexten vor.

Weitgehendes Fehlen einer staatlichen Grundversorgung, prekäre Sicherheitslage, mangelnder Schutz der Menschenrechte: Rund 1,5 Milliarden Menschen leben weltweit in einem fragilen Umfeld. Dies stellt die Entwicklungszusammenarbeit in diesen Regionen vor eine besondere Herausforderung.

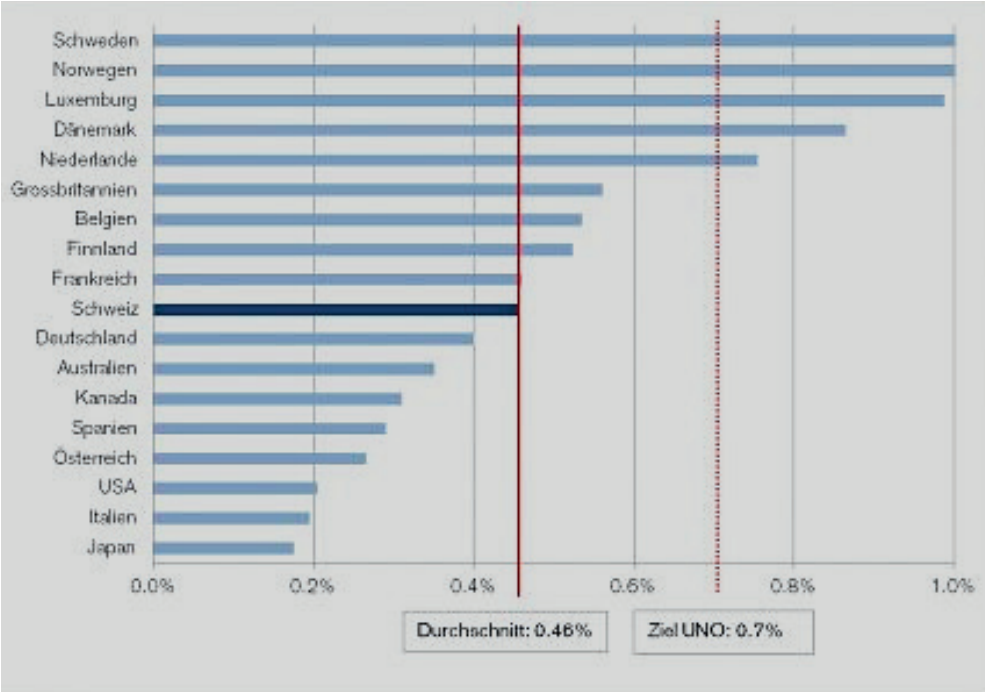
Beispiele:

- In Honduras, dem Land mit der höchsten Mordrate der Welt, die Kriminalität das Wirtschaftswachstum wie auch die Armutsreduktion; die DEZA reagiert darauf mit einem verstärkten Engagement in der Gewaltprävention. Im Zentrum des Projekts steht die Reform des honduranischen Sicherheitsapparates.
- Nordafrika weist eine der höchsten Arbeitslosenquoten bei jungen Menschen auf. Der Druck auf die Arbeitsmärke wird überdies in den kommenden Jahren noch zunehmen. Vor diesem Hintergrund unterstütze das SECO ein Bildungs- und Beschäftigungsprogramm mit dem Ziel, junge Erwachsene mit den für den Arbeitsmarkt relevanten Fähigkeiten auszustatten. Bildungsstätten, Privatsektor und Staat sollen dabei enger zusammenarbeiten.
- Im Niger gibt es zwischen den sesshaften Bauern und Nomaden zum Teil gewaltsame Konflikte entlang der Routen der Viehzüchter. Die DEZA engagiert sich seit 1997 mit lokalen Partnern für den Interessenausgleich zwischen den Konfliktparteien. Das Ziel ist, die Einkommens- und Ernährungssicherheit der Bauern- und Hirtenbevölkerung in diesem fragilen Kontext zu verbessern.

Mehr Geld für die Entwicklungshilfe

Die Entwicklungshilfe ist der wichtigste Ausgabenposten bei den Beziehungen zum Ausland. Der Bund will dafür 2013 knapp 2,3 Milliarden Franken ausgeben. Im Vergleich zum Vorjahr gibt der Bund für die Entwicklungshilfe 179 Millionen Franken mehr aus. Diesen Anstieg hat das Parlament 2011 beschlossen: Es will, dass die Schweiz bis 2015 0,5% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungshilfe ausgibt. Die UNO empfiehlt den Industrieländern, durchschnittlich 0,7% ihres BNE für die Entwicklungshilfe auszugeben. Im Jahr 2011 machten dies fünf Länder. Die Schweiz steuerte im gleichen Jahr 0,46% ihres BNE zur Entwicklungshilfe bei und lag damit genau im Durchschnitt. ◀

Entwicklungshilfe in Prozenten des Bruttonationaleinkommens (BNE)



SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG STÄDTISCHER POLIZEICHEFS (SVSP)

WINTERTHURER WIRD HÖCHSTER STADT-POLIZIST DER SCHWEIZ

An der 93. Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung Städtischer Polizeichefs (SVSP) vom 20. September 2013 in St. Moritz, wählten die Mitglieder einen neuen Präsidenten. Kommandant **Fritz Lehmann** aus Winterthur wird der Nachfolger von Kommandant Roberto Torrente aus Lugano. Der Winterthurer wird damit höchster Stadtpolizist der Schweiz.

Fritz Lehmann ist bereits seit 2007 im Vorstand. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung setzt er sich folgende Ziele:

- Förderung der Zusammenarbeit durch optimiertes Ressourcenmanagement
- Professionalisieren der Geschäftsleitung und des Sekretariates
- Attraktivität des Berufsbildes „Polizist“ festigen

Fritz Lehmann, geboren am 20. Februar 1959, ist verheiratet und wohnt in Winterthur. Aufgewachsen ist er in Sumiswald BE. Er ist Vater zweier erwachsener Kinder. Seine bisherige berufliche Laufbahn hat er hauptsächlich als Berufsoffizier und Polizeiangehöriger verbracht. Als Berufsoffizier leistete er Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen in Österreich und im Mittleren Osten. Während mehrerer Jahre leitete er das Schweizerische Polizei-Institut in Neuenburg, anschliessend wechselte er nach Winterthur. Seit 2005 ist er als Kommandant der Stadtpolizei tätig. Fritz Lehmann ist Absolvent der Kantonalberner Polizeischule (1984/1985), zudem hat er die Militärschulen der ETH besucht, und er verfügt über je einen Abschluss als Betriebswirt FH sowie als Kommunikationsmanager FH.

MORDFALL ADELINE M.

VERMEHRT VERWAHREN

Offensichtlich werden in der Schweiz gemeingefährliche Straftäter verschieden beurteilt. Es existieren keine einheitlichen Standards. Jedes der drei Strafvollzugskonkordate in der Schweiz hat seine eigene Praxis und holt selten Gegengutachten ein. Im Fall des Täters Fabrice Anthamatten hat sich dies fatal gerächt. Die Abklärungen und die Beurteilung durch externe Gutachten brauchen für die ganze Schweiz einheitliche Standards.

Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren hat nun entsprechende Massnahmen eingeleitet und lässt Vorschläge ausarbeiten. Es geht nicht primär darum, die drei Konkordate zusammenzulegen, sondern sie zu gleicher Arbeitsweise zu verpflichten. Doch auch die Gerichte müssten besser sensibilisiert werden. Hans-Jürg Käser, Präsident der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), erwartet, dass die Gerichte künftig mehr Verwahrungen und weniger Massnahmen aussprechen. Es sei bemerkenswert, dass nach Annahme der Verwahrungs-Initiative die Gerichte vermehrt dazu übergegangen seien, therapeutische Massnahmen auszusprechen, um Verwahrungen zu vermeiden. Das Problem sieht der KKJPD-Präsident vor allem bei den Richtern und beim Mangel an gesundem Menschenverstand. Ein solcher Täter dürfte niemals alleine mit einer Therapeutin unterwegs sein. Im Fall des Mordes in Genf sieht er das Problem vor allem bei der von den Richtern verhängten Strafe. Der Täter hätte verwahrt werden müssen. Die SVP fordert: Künftig soll die Höchstdauer der Freiheitsstrafe bei Tötungen nicht mehr 20, sondern 40 Jahre betragen. Wer zu einer lebenslänglichen Strafe verurteilt wird, soll frühestens nach 35 Jahren freikommen. Heute sind es 15 Jahre. So soll die Gesellschaft länger vor gefährlichen Delinquenten geschützt werden. Heute ist es so, dass fast alle Gewalt- und Sexualstraftäter eine endliche Strafe haben, rund 99 tauchen also wieder in der Gesellschaft auf.

YONC Trading AG | Binzmühlestrasse 210 | 8050 Zürich | tel 044 515 20 75 | **www.olight.ch**

NEUE WEBSEITE BIETET
ERSTE HILFE BEI EINBRUCH

EINBRUCH – WAS NUN?

Ein Drittel aller Haftpflicht- und Hausratsschäden entstehen durch Einbruch und Diebstahl. Jeder zweite Schaden, den Einbrecher hinterlassen, beläuft sich auf mehr als 4'000 Franken.

Dazu kommen die emotionalen Folgen. Betroffene verlieren persönliche Besitztümer und gleichzeitig das Sicherheits- und Geborgenheitsgefühl. Meist kann die Polizei nur den Tatbestand aufnehmen, erwischt werden die Täter selten, es fehlt an Polizeipersonal für diese „Kleindelikte". – Mit einer Homepage „einbruch-diebstahl.ch" will Caroline Wilhelm, 42 Jahre alt, nun Betroffenen Erste Hilfe zukommen lassen. Dort findet sich ein Leitfaden, was zu tun ist – vom Sperren der Kreditkarten bis zum Anruf beim Schlosser. Dazu kommen Adressen von Schlüsseldiensten, Putzinstituten, Schreinern und Sicherheitsfirmen. Aber auch emotional soll die Webseite helfen: Mit Kontakt-Adressen von Psychologen. – Die Webseite ist gut gemacht, sie ist nicht nur für Opfer sondern auch zur Prävention hilfreich.

Christoph Blocher zu Sicherheit und Militär

WIR BRAUCHEN POLIZEISCHUTZ UND EINE STARKE ARMEE

Er kämpft, politisiert, polarisiert und steht für eine freie, unabhängige Schweiz, offen, konsequent und gerade heraus, wie kein anderer Schweizer Politiker. Er steht für sein Engagement gegen eine Integration der Schweiz in supranationale Organisationen und für eine Verschärfung des Asylrechts, als einer der Wohlstand mit Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung eng verknüpft.

Interview Anton Wagner

protect-it: Was halten Sie von der heutigen Polizeilandschaft der Schweiz? Überall heisst es, es habe zu wenig Polizisten.
Christoph Blocher: Dieses Thema ist alt. Die Anzahl der Polizisten, die notwendig sind, kann man nicht einfach mit einer Zahl benennen. Wo haben wir eine Notwendigkeit für den Polizeischutz? Und wo ist er personell nicht gewährleistet? Dann kann man darüber reden, für welchen Zweck man wie viele Polizeikräfte braucht. Zudem ist es wichtig zu analysieren, für welchen Einsatz die bestehenden Polizisten tätig sind. Ich höre von Polizisten, dass eben zu wenig Personal in der Verbrechensbekämpfung aktiv ist. Zu viele Polizisten sind für administrative Aufgaben und die Verkehrssituation oder das Parkbussenschreiben im Einsatz. Die Polizisten machen sich Sorgen wegen der zunehmenden Gefährdung unserer Güter durch Kriminalität. Vor allem durch die Ausländerkriminalität; für die ist die Schweiz attraktiv, hier gibt es leicht etwas zu holen. Mit unseren offenen Grenzen kann man rasch rein und schnell wieder raus. Ein Teil von denen kommt aus sehr armen und primitiven Ländern, wo man rasch in die Kriminalität verfällt und da winkt in reichen Staaten, wie der Schweiz eine gute „Verdienstmöglichkeit". Wir sind zudem auch einladend, weil wir eine kleine Verbrechensrate haben und auch zu vertrauensselig sind. Das kommt von früher, wo man die Haustüre kaum abschliessen musste. Und heute braucht es immer mehr Sicherheitssysteme, Alarmanlagen gar! – Doch kommen nicht nur Kleinkriminelle für Einbrüche und Diebstahl, sondern vermehrt Schwerkriminelle, die vor nichts zurückschrecken. Darum sagen wir von der SVP: Aufhören den Kriminaltourismus zu unterstützen mit unserem Strafvollzug, Kuschel-Gefängnissen und Minimalstrafen. Die haben, wenn sie erwischt und verurteilt werden, in unseren Gefängnisen eine Unterkunft, luxuriöser als das private Wohnen im eigenen Land: Unterkunft, Essen und Unterhaltung. Diese Kriminellen haben nur Respekt davor, dass sie im Falle einer Straftat nach Hause geschickt werden. Das wirkt. Deshalb hat das Volk die Ausschaffungsinitiative deutlich angenommen. Wer für kriminelle Taten verurteilt ist, hat zu gehen! Das kann doch nicht vom Strafmass abhängen! Sehen Sie, wer in ein Wohnhaus einbricht, hat doch keine guten Absichten und nimmt auch eine schwere Handlung in Kauf, falls der Einbruch schief geht oder wenn ihn der Hausbewohner stellt. Den psychischen Schaden haben die Opfer zusätzlich zu erleiden. Wer kümmert sich darum? Und die Gerichte sind dann meist viel zu mild. Bis einer mal mehr als sechs Monate kriegt, muss er schon sehr extrem gehandelt haben. – Wir wollen einfach nicht, dass man bei uns so mir nichts dir nichts Straftaten begehen kann. Wir wollen solche Leute nicht bei uns – so hat das Schweizer Volk entschieden! Die Ausschaffungsinitiative wird nun verwässert und nicht konsequent umgesetzt, obwohl das Volk klar ja gesagt hat. – Aber zurück zur Frage: Polizeischutz braucht es, vor allem für die Verbrechensbekämpfung, zum Schutz für Leib und Leben – aber nur eine Zahl in die Landschaft zu stellen, bringt nichts. Wird eine Aufgabe definiert, so kommt immer der Ruf nach mehr Geld und mehr Personal, reflexartig! Es wäre gescheiter die Administrationen zu straffen, um dort Geld zu sparen, damit mehr Mittel für die Bekämpfung der Kriminalität zur Verfügung stehen würde!

Wie sehen Sie die Situation bei unserer Armee?
Wir brauchen eine Armee am Boden, die man schnell aufbieten kann, auch für einfache Aufgaben wie Bewachung und Überwachung. Dabei sind 100'000 Mann die unterste Grenze, eigentlich sind es eher zu wenig, wenn es mehrere Brennpunkte geben sollte. Zudem brauchen wir eine gute Luftabwehr. Greift man diesen Pfeiler der Armee an, so greift man die gesamte Armee an. Die Frage stellt sich aber, was die beste Luftabwehr ist. ▶▶

Brauchen wir nicht einen Multiroller, wie den Gripen, der sowohl am Boden, wie in der Luft als Aufklärer und Jäger einsetzbar ist?
Der Gripen ist offensichtlich ein geeignetes Flugzeug. Und ich erlebe es das erste Mal, dass nicht die teuerste Variante vorgeschlagen wird, sondern die vernünftigste. Der Vorschlag der Luftwaffe und des VBS, dem nun auch das Parlament zugestimmt hat, ist überzeugend. Wenn ich auf die Fachleute höre, ohne all die PR-Berater und Lobbisten, ist dies eine angemessene Lösung. Es eröffnen sich zudem gute Gegengeschäfte und die Schweden haben sich unseren Anforderungen angepasst. Notwendig sind 5 Milliarden für die gesamte Armee, damit die Verteidigung insgesamt glaubhaft ist.

Und wie ist es mit dem Aufräumen bei der Armee, dem Abbau unnötiger Infrastrukturen, den EDV-Problemen?
Daran wird wirklich gearbeitet. Das geht noch ein paar Jahre. In den letzten Jahren, vor Maurer, wurde viel Unsinn gemacht; man hat die Armee unter Ogi, Villiger und Schmid mit der Mehrheit des Parlamentes auf einen falschen Weg gebracht. Nato-Anpassungen, zu wenig Sachkenntnisse, keine klare Strategie. Da muss ich sagen, dass Ueli Maurer das Richtige macht. Er ist ein stiller Schaffer, sicher nicht der schnellste Umsetzer, aber ein solider Mann, bei dem die Armee vorwärts kommt.

Unsere Armee hat einen starken Rückhalt in der Bevölkerung, wird die Gripen-Abstimmung beim Volk bestehen?
Immer bei solchen Abstimmungen, die eigentlich gegen die Armee als Gesamtes gehen, hat bisher die Bevölkerung gemerkt, dass es um etwas Wichtiges geht, um Unabhängigkeit und Freiheit und den Willen, sich im Notfall mit dem eigenen Leben dafür einzusetzen. Wir müssen eine Armee haben, die fähig ist, das eigene Land glaubhaft zu verteidigen, das ist die Aufgabe. Das soll abschrecken. Wer sagt, es brauche keine Armee, ist wirklich blind. Diese Leute meinen wohl, es gäbe keinen Krieg mehr, der uns betreffen könne. Die Geschichte lehrt uns etwas anderes. Wie schnell sich die Welt verändert, wie alles, was man als sicher glaubt, plötzlich wankt und bedrohlich aus dem Ruder laufen kann, ist viele Male geschehen und passiert auch heute immer wieder. Wer sagt uns, dass ein neuer kalter Krieg abwegig sei? Wer weiss, ob dieses Europa morgen noch existiert, oder ob in einem Staat plötzlich wieder Extremismus und undemokratische Kräfte an die Macht kommen? Sollen wir uns absichern oder einfach bestehende Stärken aufgeben? Da bin ich für den sicheren und unabhängigen Weg!

Was halten Sie von unserem Auslandsengagement?
Na ja, sagen Sie mir ehrlich, was kann die kleine Schweiz schon bewirken? An der Koreagrenze sitzen ein paar Schweizer und spielen das sinnlose Protokolltheater mit. Im Kosovo kriegen wir unsere Soldaten nie mehr raus, obwohl die dort kaum etwas Sinnvolles machen; auch an der Grenze auf den Golanhöhen stehen ein paar Schweizer Soldaten als Beobachter herum, das alles ist für die „Füchse". Auch das Beinahe-Abenteuer vor Somalia war so ein Schattentheater. Was wollen wir da? Wir haben dazu weder glaubhafte Mittel noch einen verfassungsmässigen Auftrag. Unser kleines Land soll sich um seine eigene Sicherheit kümmern. Wir dürfen doch nicht einfach naiv sein und glauben, dass wir mit unseren Minikontingenten etwas bewirken können im Spiel der Grossen. Denen geht es um Macht, Bodenschätze, strategische Präsenz, um alte und neue Grossmachtansprüche. Das sieht man täglich, im Nahen Osten, auf den Weltmeeren, sogar am Südpol oder im Pazifikraum. Was wollen wir da? Welch unselige Selbstüberschätzung treibt uns in solche Abenteuer? Immer wieder stimmen gewisse Kreise in die internationale Betriebsamkeit ein und möchten dabei sein. Das muss man abstellen! Auslandseinsätze als humanitäre Aktionen sind etwas anderes. Wenn es um Katastrophen- und Aufbauhilfe geht, da können wir einen kleinen und glaubhaften Beitrag leisten im Sinne der Solidarität, des guten Willens und aus unserer Tradition des Helfens. Aber Kampftruppen haben im Ausland einfach nichts zu suchen!

Wie sehen Sie den Zustand der Schweiz heute?
In der Bevölkerung herrscht eine gute Stimmung und unserer Wirtschaft geht es relativ gut. Viele haben allerdings Angst, dass eine ungebremste Zuwanderung das Land ausbluten und kulturell verändern könnte. Die Hochkonjunktur hat eben auch negative Seiten, weil wir einen immer stärkeren Mangel an qualifizierten Arbeitskräften haben. – Die meisten Menschen stehen zur Schweiz als selbstständiges Land, das gegenüber der EU wie auch bei anderen als selbstbewusster Partner auftritt. Plötzlich sind auch stramme Sozialdemokraten zu Patrioten geworden. Doch immer noch streben viele dieser Patrioten danach, sich der EU zu unterwerfen. EU-Recht zu übernehmen, fremde Gerichte entscheiden zu lassen, sogar der EU beizutreten. Diese Menschen sind unbelehrbar! – Der bilaterale Weg hat sich insgesamt bewährt, obwohl immer wieder Druck auf das Land aufgebaut wird mit der Drohung, wenn wir uns nicht an Brüssel anpassen, würden Verträge ausgesetzt, gar gekündigt. Wir haben Erfolg, das schafft Neider und Feinde! Zum Glück haben wir uns vor 20 Jahren von dieser EU ferngehalten. – Stellen Sie sich einmal vor, dass wir seit damals dabei gewesen wären und heute in diesem ganzen Euroschlamassel mitleiden und mitzahlen müssten. Dass wir fremdbestimmte Gesetze, Steuervorgaben und Eingriffe in unsere Souveränität zu erdulden hätten durch EU-Kommissäre, die unserem Land Vorschriften machen könnten? Die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft hätten sich all dem zu unterwerfen, was von einer Zentrale kommt – auch wenn wir als Kleinstaat mitreden könnten. Wir könnten weder den Franken schützen noch unsere Zukunft selbständig gestalten. Das wäre nicht mehr die Schweiz, die ich liebe und für die ich einstehe und kämpfe. ◀

ELITE GUARD GmbH
Switzerland

Ausbildungs- und Kompetenzzentrum für Sicherheit und Verteidigung

Ausbildung auf höchstem Niveau!

- Berufsausbildungen
- Grundausbildung
- Weiterbildung
- Fachseminare
- Selbstschutzverhalten
- Verteidigungsschiessen

Bösch 104
CH-6331 Hünenberg

Tel. +41 (0)41 780 85 85
Fax +41 (0)41 780 95 44

www.elite-guard.ch
info@elite-guard.ch

EDUQUA
SVEB FSEA
BBG

Effiziente Kursadministration?

JA mit eduplan

... dem Bildungsmanagement-Tool!

Automatisierte Kursadministration • Täglich aktuell • Gesamtüberblick für Teilnehmer, Referenten & Management • Bildungsnachweis • Integration von Präsenzunterricht und E-Learning

www.sdnag.com

✆ 043 322 72 00

easyLEARN®

Report des UNO-Klimarates

KLIMA – SICHER IST DIE UNSICHERHEIT

Nach fünf Jahren seit dem letzten ist nun der neue Klimareport der UNO offiziell veröffentlicht worden. Eine Jahrelang erhobene Wissenssammlung von über 10'000 Wissenschaftlern rund um den Globus. Zusammenfassend zeigen sich Trends und Erkenntnisse, doch vieles bleibt offen, denn die Thematik ist äusserst komplex. Nur eines ist sicher, der durch den Menschen erzeugte Anstieg des CO_2-Gehalts in der Luft ist insgesamt gefährlich.

| von Francois Megève

Anstieg der Meere

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts sind die Meere im weltweiten Durchschnitt um 20 Zentimeter gestiegen. Die Anstiegsgeschwindigkeit hat sich nicht beschleunigt, sie entspricht der zwischen 1920 und 1950. Geht es so weiter, stünde das Wasser Ende des Jahrhunderts 26 Zentimeter höher. Erwärmt sich die Erde aber schneller, droht bis zum Ende des Jahrhunderts ein Anstieg bis 82 Zentimeter – je nachdem, wie viel Treibhausgase freigesetzt werden. Die Erhöhung kommt dann aus dem Beitrag des Schmelzwassers der grossen Eisschilde der Erde. Eine besonders ernste Warnung kommt von Geologen: Sie haben versteinerte Korallen gefunden, die zu zeigen scheinen, dass die Ozeane in der letzten Warmzeit vor rund 120'000 Jahren, als es etwa zwei Grad wärmer war als heute, gut fünf Meter höher standen. Gefährlich wird es, wenn der mächtige Eispanzer Grönlands dramatisch schmelzen und dadurch das Wasser der Meere stark anheben würde.

Verschiebung der Klimazonen

In den Tropen liegt die zentrale Klimamaschine. Dort, in der Äquatorregion, wo die Sonne am stärksten strahlt, verdunsten immense Wassermassen. Die Wolkenwalzen werden sich bei einer weiteren Klimaerwärmung vergrössern und andere Klimazonen in höhere Breiten drücken. Dies verwandelt den Mittelmeerraum und den mittleren Westen der USA und weite Teile Chinas in eine trockene Subtropenklimazone, könnte aber die Dürrezone im Subsahel fruchtbarer machen. Der Nachweis, ob der Wandel bereits in Gange ist, ist kompliziert – zu schwankend sind die Regenmengen, zu wenig weiss man über den Einfluss der kontinentalen und globalen Winde. Insgesamt dürfte es in vielen Regionen vermehrt zu Ernteausfällen kommen. Die Zeiträume sind aber zu kurz, um die Auswirkungen auf das Getreide ausserhalb der Dürrezonen im Gefolge des Klimawandels abzuschätzen.

Je stärker Treibhausgase die Welt erwärmen, umso häufiger werden Hitzewellen; extremer Frost hingegen wird seltener. Die Wärme wird manche Regionen nach und nach austrocknen. Der meiste Regen

stammt jedoch aus Ozeanwasser, das in einer wärmeren Welt verstärkt verdunstet und Niederschläge bringt. Der UNO-Klimarat wagt zurzeit keine robuste Prognose über künftige Dürren.

Versauerung der Ozeane

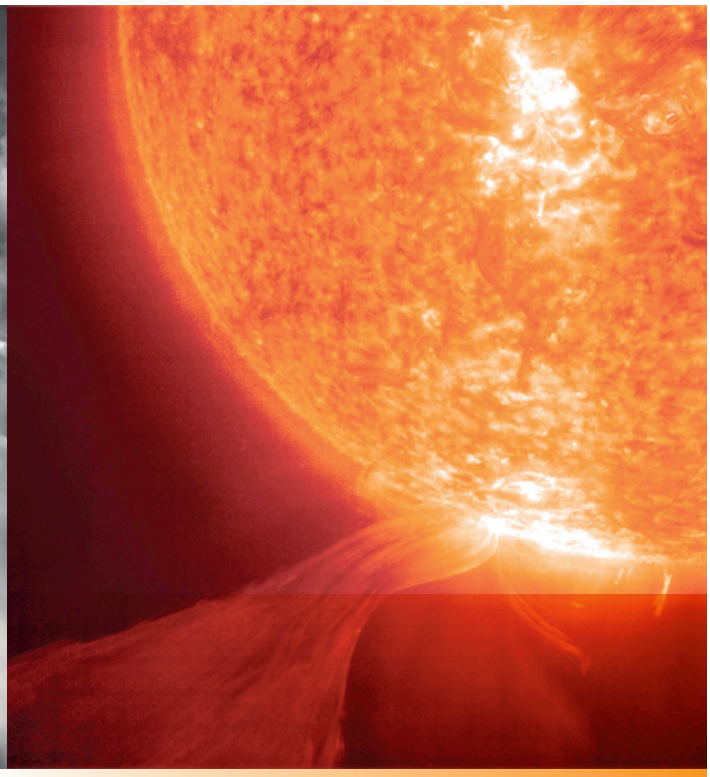
Besonders problematisch ist die Versauerung der Meere durch CO_2: Im Wasser zunehmend entstehende Kohlensäure macht es Algen, Muscheln und Korallen schwerer, ihre Kalkskelette aufzubauen. Mit ihrem Verschwinden ginge auch die Lebensgrundlage vieler grösserer Meeresbewohner verloren. Das Mass für den Säuregehalt – der pH-Wert – sei bereits merklich gefallen. Doch Zeugnisse der Erdgeschichte geben Forschern Rätsel auf. Ausgerechnet im Erdzeitalter, als die Erde ein „Super-Treibhaus" war – die Luft enthielt deutlich mehr CO_2 als heute –, schienen sich Kalk-Organismen in den Meeren besonders wohlgefühlt zu haben. Mächtige Kreide-Ablagerungen, wie die Klippen von Dover und die Rügener Kreidefelsen, bezeugen die Blüte der Kalk-Formen während der Kreidezeit vor mehr als 65 Millionen Jahren. Heute stellt sich das Problem aber anders, denn damals hatten Lebewesen genügend Zeit, sich an die extreme Umwelt anzupassen. Heute hingegen geht die Versauerung zu schnell vonstatten.

Gletscher tauen auf

1,4 Milliarden Menschen in Asien hängen am Tropf des Himalaja: Sie nutzen das Fluss- und Grundwasser, das aus dem Gebirge strömt. Ähnliche Abhängigkeit besteht in den Anden in Südamerika, aber auch in Mitteleuropa sind die Gletscherregionen eine wichtige Trinkwasserquelle. Bis Ende des Jahrhunderts drohten 15 bis 55 Prozent der Gletschermassen in ausserpolaren Regionen zu schwinden, damit sind die Trinkwasserreservoire ganzer Regionen in Gefahr. Die 160'000 Eiskappen der Erde wurden bislang allerdings nur stichprobenartig untersucht. Bei lediglich 120 Gletschern wird eine jährliche Bilanz errechnet, nur bei 37 reichen die Aufzeichnungen weiter als 30 Jahre zurück. Messungen der Erdanziehungskraft aber haben grossflächig Eisverluste bestätigt, selbst in der Antarktis.

Gefahr Treibhauseffekt

Wenn sich die Menge von CO_2 in der Luft verdoppelt, steigt die Temperatur um rund ein Grad. Erst Wasserdampf verstärkt den Treibhauseffekt in gefährlicher Weise: Wärmere Luft lässt mehr Wasser verdampfen, das dann als eine Art Dampfglocke die Luft weiter erwärmt. Wie stark der Effekt ist, gilt als Kernfrage der Klimaforschung. Die sogenannte Klimasensitivität beziffert der UNO-Klimareport auf 1,5 bis 4,5 Grad – so stark steigt die Lufttemperatur aufgrund des Wasserdampfes, wenn sich der CO_2-Ausstoss verdoppelt. Die Klimasensitivität lässt sich nur indirekt bestimmen: Sie wird aus dem Vergleich eintreffender Sonnenstrahlung und der Temperatur von Luft und Ozeanen abgeleitet. Auch Daten von Klimaschwankungen der Vergangenheit zeigen den Zusammenhang. Doch seit 15 Jahren nimmt die Erwärmung der Luft nicht zu: Die bodennahe Temperatur ist im weltweiten Durchschnitt je nach Messreihe entweder gar nicht (laut britischem Met Office), oder um



0,05 Grad gestiegen (laut US-amerikanischem Wetterdienst). Klimamodelle haben die Pause nicht erwartet. Vermutlich hat der Pazifik einen Grossteil der Wärme aufgenommen und gleichzeitig hat sich die Luft über Eurasien im Winter in den letzten Jahren abgekühlt. Die gängigen Klimamodelle erfassen die Wolken als Klimabeeinflusser zu wenig genau. Wolken lassen sich bis heute kaum angemessen simulieren.

Der Einfluss der Sonne

Seit 1986 Satelliten die Sonnenaktivität exakt messen, sind nur kleine Klimaeffekte ihrer kurzfristigen Aktivitätsschwankungen festgestellt worden. Möglicherweise ist die Sonne mehr an der Wolkenbildung beteiligt, als bisher erwiesen. Ein unsichtbarer Teilchensturm aus dem All geht unentwegt auf die Erde nieder, die winzigen Partikel können Kondensationskeime für Wassertropfen und damit Wolken entstehen lassen. Die Wolkendecke wiederum verändert die Temperatur der Erde. Die Sonne hat dabei grossen Einfluss: Je schwächer ihr Magnetfeld, desto stärker der Partikelsturm aus dem All. Zurzeit ist dieser Effekt aber vernachlässigbar.

Das Artensterben durch den Klimawandel

Simulationen einiger Forscher warnen vor dem Schwund von 30 Prozent aller Arten. Im Zuge der künftigen Erwärmung könnten sich Klimazonen zu schnell verschieben, als dass Tiere rechtzeitig ausweichen könnten; etwa in der Arktis, in Regenwäldern oder im Gebirge. Andererseits haben bedrängte Arten in der Vergangenheit häufig in Rückzugsgebieten überlebt. Zudem fördert die Änderung der Landschaften die Ansiedlung neuer Arten, während eingesessene meist erhalten geblieben sind. Die Klimaänderung ist demnach weniger problematisch als die direkte Ausrottung von Tieren durch Jagd, Fischerei, Rodung, Austrocknung, Vergiftung oder Zerschneidung der Landschaft.

Fazit:

Entwarnung oder gar voreilige Vernachlässigung der Bemühungen die CO_2-Problematik in den Griff zu bekommen, wie sie von vielen Politikern nun vorschnell propagiert wird – wegen der 15-jährigen Pause der Lufterwärmung – ist nicht angebracht. Indikatoren, dass das Klima aus den für uns erträglichen Bahnen läuft, sind genug da. Daher muss mehr in die Forschung und die Verbesserung der Klimamodelle investiert werden, um die Prognosen sicherer zu machen.

Frage: Kommen stärkere Stürme?

Die Prognosen über Stürme sind so unzuverlässig, dass der UNO-Klimarat sie nicht mit aufgenommen hat in seine Zusammenfassung. Auf der einen Seite könnte die Erwärmung der Polarregionen Luftdruck-Gegensätze mildern – und Stürme mithin schwächen. Grössere Wärmeenergie aber könnte die Winde auch anfachen. Sturmfluten jedoch dürften allein schon deshalb gefährlicher werden, weil die Erwärmung den Meeresspiegel den Prognosen zufolge weiter steigen lassen wird.

Bei tropischen Wirbelstürmen glaubt der IPCC nicht mehr an eine Zunahme. Zwar treibt wärmeres Meerwasser die Zyklone an, Gegenwinde und Staubstürme jedoch bremsen sie. Die stärksten Hurrikane aber könnten im Zuge des Klimawandels noch stärker werden, warnt der Klimarat. ◀

Flugzeugbeschaffung

GRIPEN HEBT AB – KOMMT ES ZUR LANDUNG?

Diskutiert man über die Luftwaffe der Schweiz, so kommt die Frage auf, wie gross muss unsere Luftwaffe optimal sein und wie ausgerüstet. Und rasch gerät die Diskussion über Aufgabe, Sinn und Notwendigkeit der Armee.

| von Hermann Cavenisch

Eine effiziente Luftwaffe für die Schweiz sieht wie folgt aus:
Zu betreiben sind mindestens fünf Staffeln von Jet-Flugzeugen, um die Luftpolizeiaufgaben mit einiger Durchhaltefähigkeit zu gewährleisten, die Luftverteidigung auf dem gebotenen Stand zu halten sowie Grundkompetenzen für Luftaufklärung und Luft-Boden-Einsätze wieder aufbauen zu können. Für den Aufbau einer vollen Kompetenz für Luftaufklärung und Luft-Boden-Einsätze müsste die Gesamtflotte sechs Staffeln (60-70 Flugzeuge) umfassen. – Daneben muss die Luftwaffe über Drohnen, Helikopter und Trainingsflugzeuge verfügen und den Luftraum mit Radarsystemen überwachen.

Parlament für Gripen E
Nun hat das Parlament nach jahrelangen Diskussionen beschlossen: Mit der Beschaffung von 22 Gripen E soll die Kompetenz und Aufgabenerfüllung der Luftwaffe wieder mit allen Fähigkeiten, auch Luft-Boden, hergestellt werden.

Hier nochmals die wichtigsten Fragen (und Antworten), die an den Bundesrat in den vergangenen zwei Jahren im Zusammenhang mit der Beschaffung des Gripen E gestellt wurden:

Technik

Minimal-Leistungen des Gripen E

Schweden und die Schweiz haben in den Anhängen zu den Verträgen Schweiz – Schweden – Saab die Leistungen des Gripen E festgelegt. Schweizer Ingenieure und Piloten werden den Fortschritt des Programms bis zur Auslieferung ständig vor Ort begleiten und kontrollieren. Damit ist die Schweiz eng in der Produktion des Gripen E involviert und so über allfällige Verzögerungen informiert. Sie kann intervenieren, bzw. das Flugzeug nicht abnehmen.

Luftpolizeiliche Aufgaben

Der Gripen E wird gleich eingesetzt wie die F/A-18C/D. Der Gripen kann seine Sensoren – AESA Radar und Infrarot IRST – und Waffen Tag und Nacht und bei allen Wetterbedingungen einsetzen. Ferner ist der Gripen mit einem Aufklärungsbehälter „Recce Light" ausgerüstet und kann mit Diodenscheinwerfern Objekte anstrahlen. Das komplette System ist mit dem Helmvisier des Piloten gekoppelt.

Gripen E im Starteinsatz

Der Gripen E passt nahtlos in das System der Luftwaffe mit folgenden Bereitschaftsgraden:

A1:	Start in 60 Minuten
A2:	Start in 35 Minuten
A3:	Start in 15 Minuten
A4:	Start in 3 Minuten
A5:	Start in 1 Minute (Triebwerke laufen)
A6:	Flugzeug in der Luft

Verweildauer im Luftpolizeidienst

Die Verweildauer eines Flugzeugs in der Luft ist abhängig vom jeweiligen Einsatzprofil und der Anzahl Zusatztanks. Der Gripen E und die F/A-18 verfügen über ähnlich lange Verweildauer im Luftpolizeidienst. (Eine Luftpolizeimission der Luftwaffe, z.B. für das WEF in Davos, dauert in der Regel 90 Minuten).

Gripen E im Vergleich zu F/A-18

Der Gripen E kann mehr Rollen übernehmen als die F/A-18. Im Bereich Luftpolizeidienst und Luftverteidigung ermöglichen modernere Systeme wie das ASEA-Radar und das passive IRST, sowie eine herausragende Sensorfusion in Kombination mit Waffen der neuesten Generation (Radarlenkwaffe METEOR) eine bessere Performance als der F/A 18. Zusätzlich erlaubt seine Multifunktionalität die Übernahme der Rollen Luftaufklärung und Erdkampf und ermöglicht damit der Luftwaffe, diese besonders für die gesamte Armee essentiellen Kompetenzen wieder einzuführen.

Aus Gripen C wird Gripen E

Im Kaufvertrag mit Schweden wird explizit festgehalten werden, dass alle Komponenten der Gripen E für die Schweiz neu hergestellt sind. Das Vorgehen ist identisch wie bei der Einführung der F/A-18. Die Schweiz hat den F/A-18 A/B evaluiert und den moderneren F/A -18 C/D beschafft.

Prototyp-Gripen E im Schweizer Test

Es sind nach dem Gripen NG Test Aircraft (Bezeichnung 39-7, zurzeit im Betrieb, war auch 2012 auf der Axalp zu sehen) weitere drei Prototypen geplant. Der erste mit der Bezeichnung 39-8 wird gegenwärtig montiert und wird in der ersten Jahreshälfte 2015 fliegen. Die beiden anderen tragen die Bezeichnung 39-9 und 39-10. 2018 werden dann die ersten drei serienproduzierten Gripen E an die schwedische Luftwaffe ausgeliefert, anschliessend ist für November 2018 die erste Lieferung in die Schweiz vorgesehen.

Endmontage des Gripen E

Die Endmontage erfolgt in Linköping (Schweden).

FLORAKO-Kompatibilität des Gripen E

Der Gripen wird in den Führungssystemen analog integriert werden wie es die F/A-18 heute ist (inklusive Florako).

Finanzen

Beschaffung

Das gesamte Budget beträgt Fr. 3,126 Mrd. Neben den Flugzeugen sind darin ebenfalls Missionsausrüstungen, Flugsimulatoren, Logistik-Pakete, Lenkwaffen, Integration in die Führungssysteme sowie Leistungen Dritter enthalten. Davon gehen Fr. 2,5 Mrd. an Schweden. Die Schweiz muss Fr. 1 Mrd. Vorauszahlung an Schweden leisten, rund 40% (gemessen am gesamten Beschaffungspreis für die 22 Gripen-Jets immer noch rund ein Drittel).

Haftung und Risiko

Werden die vertraglichen Bedingungen nicht erfüllt, haftet der Staat Schweden mit einer Staatsgarantie. 2018 wird mit der Lieferung der ersten drei Gripen-Kampfjets gerechnet. Dann werden wieder 500 Millionen Franken fällig. Danach kann die Schweiz im Fall, dass die Lieferung nicht allen Vorgaben entspricht einen Zahlungsrückbehalt vornehmen. Bis zum Abschluss des Projekts kann die Schweiz vier Prozent der Mittel zurückbehalten. Die Schweiz kann bei Mängeln auch grössere Zahlungen sistieren. Bei schwersten Mängeln ist ein Rücktritt vom Vertrag samt Rückabwicklung möglich.

Zukünftige Entwicklungskosten?

Upgrades werden nur gemacht, wenn vom Kunden gewünscht und werden dann auf diese verteilt, die Upgrades wünschen. Wenn also die Schweiz Upgrades bestellt, wird sie auch anteilmässig mitzahlen müssen. Solche Entwicklungsschritte werden heute bereits bei der F/A-18-Flotte durchgeführt.

Betriebskosten

Saab hat für die ersten zehn Jahre der industriellen Instandhaltung

einen Festpreis offeriert. Sie liegen gemäss Rüstungsbotschaft bei Fr. 102 Mio. pro Jahr.

Mietflugzeuge
Bis die neuen Gripen E ausgeliefert werden, beabsichtigt die Schweiz die Miete von acht Gripen C und drei Gripen D zwischen 2016 bis 2021.

Kompensationsgeschäfte
Geplant: regionale Verteilung von rund 65% in die deutschsprachige, 30% in die französischsprachige und 5% in die italienischsprachige Schweiz (Saab hat bereits über 300 Mio. Franken „Kompensationsgeschäfte" als Vorleistung getätigt).

Strategische Aspekte

Gripen E Piloten
Sowohl auf der F/A-18 wie auch auf dem Gripen E werden – zumindest anfänglich - nur Berufsmilitärpiloten eingesetzt.

Pilotenausbildung
Der Aufbau des Schweizer Pilotenbedarfs wird anfänglich durch die schwedische Luftwaffe unterstützt. Die Schweiz beschafft Flugsimulatoren um später selbstständig Gripen E-Piloten ausbilden zu können.

Kooperation
Dank der Beschaffung der Gripen E können jährlich Flugtrainingskampagnen mit Schweizer F/A-18 und Gripen in Schweden während drei Monaten durchgeführt werden. Nachtflugtrainings, Schiessübungen und Luft-Boden-Einsatztrainings im skandinavischen Land als auch die Unterstützung für den Wiederaufbau der Kenntnisse in den Bereichen Luftaufklärung und Luft-Boden-Einsätze sind von Schweden angeboten.

Durchhaltefähigkeit der Luftwaffe
Mit den heutigen 32 F/A-18-Kampfjets kann die Schweiz bei einer ausserordentlichen Lage mit gleichzeitig vier Jets in der Luft den Luftraum während zweieinhalb Wochen rund um die Uhr überwachen, mit den zusätzlichen 22 Gripen während fünf Wochen.

Drohnen statt Jets
Drohnen haben ihre Berechtigung in speziellen Anwendungsgebieten. Grosse Drohnen eignen sich speziell gut für lang andauernde Luftaufklärung im hohen Luftraum, kleine Drohnen für taktische Luftaufklärung zugunsten militärischer und ziviler Instanzen. Drohnen sind grundsätzlich zwar auch als als zielsichere Einsatzwaffen geeignet aber bisher nicht für Luftpolizeidienst und Luftverteidigung.

Etliche Parteien und politische Gruppierungen wollen die Gripen-Beschaffung bekämpfen. Mit Kampagnen und Referendum rechnen sie sich aus, das Vorhaben in der darauffolgenden Volksabstimmung zu Fall zu bringen.

Für die SP gibt es keine sachlich begründeten Argumente für den Kauf neuer Kampfjets. Zur Erfüllung der Luftpolizei-Aufgaben reichen die vorhandenen 32 F/A-18-Jets bei weitem aus – zumal diese Flugzeuge erst kürzlich für hunderte Millionen Franken kampfwertgesteigert wurden. Die Schweizer Luftwaffe ist damit im internationalen Vergleich sehr gut gerüstet.

Die Grünen sind der Meinung, dass die Schweiz keine neuen Kampfflugzeuge braucht. Die 32 FA-18 reichen für die Aufgaben der Flugpolizei vollauf. Die Grünen sind deshalb überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung nicht über 3 Milliarden Franken für 22 unnötige Gripen ausgeben wird. Umso mehr, dass diese Flugzeuge bislang nur auf dem Papier existieren.

Die GSoA meint: Nach dem riesigen Theater, das die Bürgerlichen um die Kampfjet-Beschaffung veranstalteten, ist es umso unverständlicher, dass FDP, CVP und SVP grossmehrheitlich der Verschwendung von Milliarden von Steuer-Franken zustimmten. Der Gripen befindet sich im direkten Flug an die Schweizer Urnen. Wir sind überzeugt, dass die Stimmbevölkerung den Gripen vom Himmel holen.

Die Grünliberalen sagen auch Nein zum Gripen. Ein Schulterschluss mit dem rot-grünen Bündnis ist aber nicht vorgesehen, um nicht als Gegner der Landesverteidigung zu erscheinen. Der Kauf neuer Kampfjets aber entbehre jeder finanzpolitischen Vernunft, und die Luftwaffe sei zurzeit ausreichend gewappnet, um die luftpolizeilichen Aufgaben zu erfüllen.

Referendum: SP, Grüne, GSoA und diverse Jungparteien ergreifen das Referendum gegen die Gripen-Beschaffung. Im Volk herrscht zurzeit eine grosse Skepsis gegenüber dem Kauf der Gripen-Kampfjets. Noch im Oktober kann mit der Unterschriftensammlung begonnen werden, Benötigt werden nur 50'000 Unterschriften. Die Abstimmung findet voraussichtlich am 18. Mai 2014 statt.

Die Gegner werden versuchen die Tauglichkeit und Notwendigkeit des Gripen E in Frage zu stellen; der neue Flieger existiere auch nur auf dem Papier. Sie werden zudem auf das Fehlen einer kriegerischen Bedrohung und auf die Notwendigkeit, dass die vorgesehenen Milliarden in anderen Bereichen benötigt würden (Bildung, öffentlicher Verkehr, Wohnbauförderung, Bekämpfung von Hunger und Armut, den Ausbau der Entwicklungshilfe, zivile Friedensförderung, soziale Sicherheit in der Schweiz).

Die Befürworter werden aufzeigen, dass dieser Kampfjet für die Schweiz angemessen, kostengünstig, und in jeder Hinsicht tauglich sein. (Vermutlich werden sie auch zeigen, dass er notwendig ist) Sie werden den Gegnern vorwerfen, wieder eine Säule der Schweizer Verteidigungsbereitschaft und Armee anzugreifen. Zudem werden sie aufzeigen, dass grosse Einsparungen der letzten Jahre auf Kosten der Armee gingen und deshalb die Armee heute in einem nichtakzeptablen Zustand sei.

Fazit:

Es wird ein emotionaler und unberechenbarer Abstimmungskampf werden, zumal nach neuesten Umfragen rund 63 % der Bevölkerung gegen die Kampfjetbeschaffung sind. Bundesrat Ueli Maurer sieht Volksabstimmung dennoch optimistisch entgegen. «Es ist eine Abstimmung, die zu gewinnen ist», meint er. Es sei zwar noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, es biete sich aber die Chance, der Bevölkerung die Sicherheitspolitik erklären zu können. – Und wenn es um den Grundsatz „Schweiz mit/ohne Armee" geht, und so sehen es auch in dieser Beschaffungsfrage die Befürworter und das VBS, hat das Volk letztendlich immer für die Sicherheit und seine Armee gestimmt. ◀

EINBRÜCHE IN DER SCHWEIZ

MEHR ALS 73000 EINBR

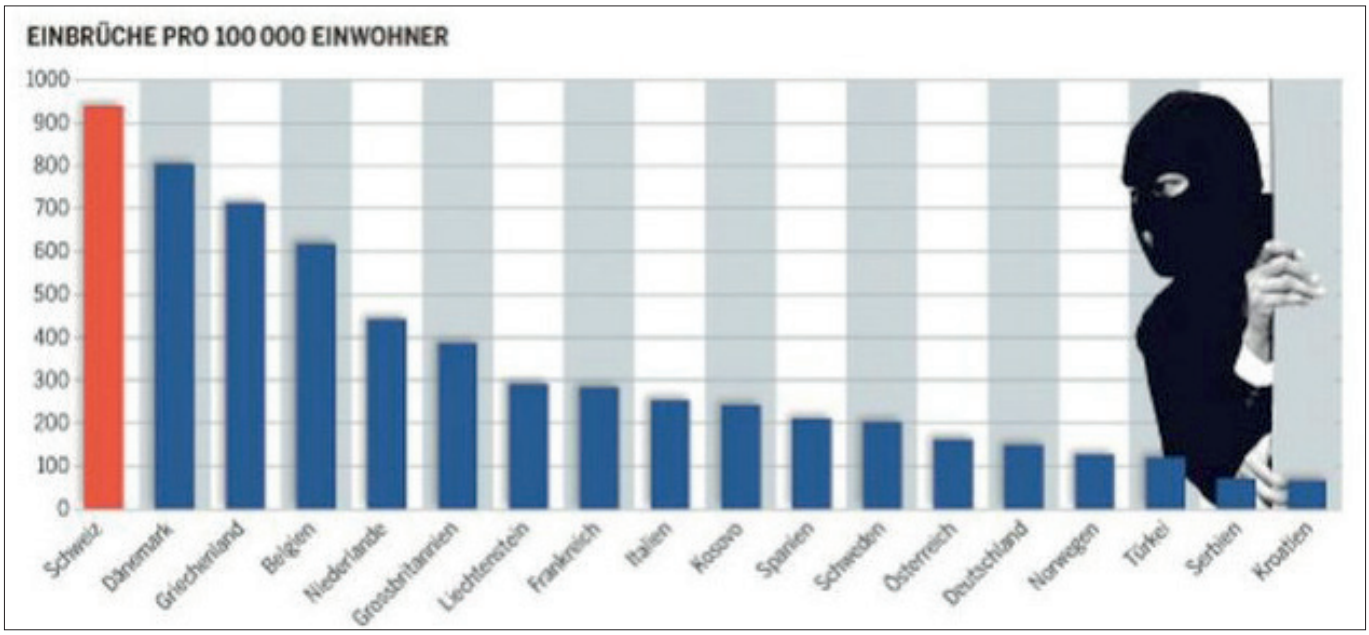
Auf 100'000 Einwohner kommen pro Jahr 932 Einbrüche; mehr als in jedem umliegenden Nachbarland. Alle acht Minuten steigen irgendwo in der Schweiz Einbrecher in eine Wohnung oder ein Haus ein.

73'714 Einbrüche meldeten bestohlene Bürger vergangenes Jahr der Polizei – rund 16 Prozent mehr als 2011. Darunter fallen 61'128 Einbruch- und 12'586 Einschleichdiebstähle. Die bevorzugten Zielobjekte der Diebe: Mehrfamilienhäuser. 21'594 mal stiegen die Täter dort ein. Einfamilienhäuser sind mit 14'207 Einbrüchen die zweitbeliebtesten Ziele. Besonders erschreckend: In Zürich und Genf wird jede 27. Wohnung innerhalb eines Jahres ausgeraubt.

Die Schweiz ist Einbruch-Europameister. Banden und Diebe „lieben" unser Land. So sind gleich vier Schweizer Städte unter den Top 5 der Einbruchsstatistik. In Zürich knackten innerhalb von 12 Monaten die Kriminellen 6820 Wohnungen auf – also jede 27. Wohnung – Rekord.

Ganz anders sieht es dagegen bei den Nachbarländern aus. Zwar steigt auch in Deutschland die Zahl der Einbrüche, doch auf 100'000 Einwohner kommen dort lediglich 148 Einbrüche. In Österreich sind es 187.

Besonders für internationale Banden ist die Schweiz ein attraktives Ziel – es gibt leicht viel zu holen. Schlecht steht die Schweiz auch in puncto Aufklärungsquote der Einbrüche da. Die Polizeien in Genf, Bern, Lugano und Zürich können nur Aufklärungsquoten von 9 bis 10 Prozent vorweisen. Dabei werden meist nur einheimische Täter gefasst. Ausländische Täter verschwinden meist über die Grenze, auch die Folgen sind für gestellte Täter erträglich: Wird man erwischt, passiert wenig. Kaum kommt es vor, dass längere Gefängnisstrafen ausgesprochen werden. – Man sollte sich aber schützen – und wir tun das für Sie!



ÜCHE

Martin Eichholzer AG

Marktführer

Wir sind ein Unternehmen, das sich auf dem Gebiet des mechanischen Einbruchschutzes spezialisiert hat. Wir schützen Gebäude gegen Einbrüche. Seit 1979 haben wir mehr als 10'000 optimale Lösungen für die Absicherung von Gebäuden unserer Kunden entwickelt und ausgeführt.
Wir gehören heute zu den besten Unternehmungen im Einbruchschutz. Zum Einsatz kommen ausgewiesene Fachleute und nur geprüfte Produkte von hoher Qualität.

Geschäftsleitung
Werner Eichholzer, Uni-Abschluss in Betriebswirtschaft, Spezialist für Einbruchsanalysen und Gesamtschutzkonzepte

Geschäftsleitung
Hermann Eichholzer, Master in Business Communications, Fachmann für mechanischen Einbruchsschutz

Service und Dienstleistung

Vorbehaltlos für unsere Kunden

Beratung
Gebäudeanalyse, Sicherheitskonzept und Offerte. Die Ausführung der Sicherheitsarbeiten werden von uns geplant, koordiniert und ausgeführt.

Auswahl
Sie treffen mit uns zusammen die Wahl unter geprüften Produkten. Wir zeigen und demonstrieren Ihnen die gesamte Auswahl in unserer hauseigenen Ausstellung.

Montage
Ausgewiesene Berufsleute führen, installieren und prüfen die Sicherheitssysteme bei Ihnen.

Garantie und Service
Wir garantieren für die von uns ausgeführten Arbeiten. Zudem sind wir jederzeit, rund um die Uhr, für Sie erreichbar – mit unseren Verantwortlichen in der Zentrale und über unseren Pikettdienst.

Vorbeugen

Wirksamer Schutz gegen Einbrecher

Schützen Sie Ihr Zuhause und was Ihnen lieb ist
Wohnung oder Haus sollten mechanisch und elektronisch so geschützt sein, dass Einbrecher möglichst wenige Chancen haben, überhaupt einzudringen. Dazu brauchen Sie Spezialisten wie uns, mit Erfahrung aus vielen Projekten, mit erprobten und geprüften Produkten und massgeschneiderten Dienstleistungen.

Ihr eigenes Verhalten
Sie können viel für die eigene Sicherheit tun. Wir zeigen Ihnen im Zusammenhang mit Ihrem Zuhause einfache und wirksame Verhaltensregeln auf.

Der Schaden danach
Das Schlimmste am Einbruch ist das Gefühl danach.

Die Angst erwischt zu werden

Das Dilemma des Einbrechers

Rein kommen Einbrecher immer – ausser wenn sie nicht genügend Zeit dazu haben. In wenigen Minuten muss der Einbruch gelingen, sonst fällt es auf! Durch kluge mechanische Sicherungen zwingen Sie die Täter, ihr Vorhaben aufzugeben, weil es zu viel Zeit braucht und zu grossen Lärm verursacht, wenn die Einbrecher versuchen Ihre Schutzmassnahmen zu knacken.

Schützen Sie das Gebäude oder die Wohnung mit:

- Tür- und Fenstersicherungen oder mit Sicherheitstüren und Sicherheitsfenstern
- Gittersystemen
- Einbruchshemmenden Rollladen
- Elektronischem Schloss mit Code-System oder mit Chip-Schlüssel
- Alarmanlage, kombiniert mit den gesamten Sicherheitsmassnahmen

Beispiele für optimale Sicherung

Fenstersicherung: Oberer Verriegelungspunkt

Fenster können nachgerüstet und so gesichert werden.

Scharniere und Angeln werden einbruchsicher verstärkt.

Detailliertes Innenleben einer Stahlsicherheitstür der Widerstandsklasse RC4

Stahlsicherheitstür mit Holzverkleidung der Widerstandsklasse RC4

Code-Schloss oder intelligenter Schlüssel

Für Lichtschächte, Fenster, Dachluken, Lüftungsschächte

Faltbare Sicherheitsgitter für hohe Ansprüche

Sicherheitsrollladen in der Widerstandsklasse RC2 wbis RC4

Interview mit Ulrich Graf, KABA

INNOVATIONEN FÜR UNSERE SICHERHEIT

| Interview von Anton Wagner

Wie beurteilen Sie den heutigen Sicherheitsmarkt für die Unternehmen der Branche? Wirken sich die vielen Medienberichte zur verstärkten Kriminalität in der Schweiz positiv auf die Geschäfte aus?
Wir stellen losgelöst von Medienberichten generell fest, dass das Sicherheitsbedürfnis steigt, wobei nie reine Sicherheit gefragt ist. Es ist immer eine Kombination von Sicherheit, Organisation und komfortabler Bedienung. Tatsächlich ist dies nebst Urbanisierung, technologischer Innovation und steigendem Wohlstand in den Schwellenländern ein Wachstumstreiber für unser Geschäft. Und in der Schweiz bewegen wir uns bereits heute auf einem im internationalen Vergleich hohen Sicherheitslevel – insbesondere im Bereich von Schliesssystemen.

Wie sieht die Situation im internationalen Geschäft aus? Wo ist KABA besonders erfolgreich?
Kaba hat auch im vergangenen anspruchsvollen Geschäftsjahr solide Ergebnisse erzielt. Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage konnten wir in vielen Märkten die positiven finanziellen Eckwerte des Vorjahres nahezu erreichen. In einzelnen Ländern, wie in Deutschland und in der Schweiz waren die Resultate sogar aussergewöhnlich gut. In Amerika waren die temporär eingefrorenen Staatsausgaben spürbar. In Asien werden wir weiter Märkte aufbauen und organisch wie auch über Zukäufe wachsen. So haben wir im August in China den Kauf der Firma Probuck Technologies angekündigt. Dieses Unternehmen verfügt in China über ein gut ausgebautes Distributionsnetzwerk mit 100 Vertriebspartnern. Das wird unsere Position vor Ort weiter stärken.

Wo ist KABA besonders innovativ, was hat KABA den Mitbewerbern voraus?
Wir wollen die Bedürfnisse unserer Kunden gut kennen. Darauf bauen wir auf und investieren jedes Jahr mehrere Dutzend Millionen Franken in Innovation. Das kann die Weiterentwicklung bewährter Produkte sein, wie beispielsweise das Konzept des modularen mechanischen Zylinders, den wir an der Messe „Sicherheit 2013" im November vorstellen werden. Damit erhöhen wir die Flexibilität unserer Partner und verkürzen die Lieferfristen. Oder es geht um echte Innovation, beispielsweise um die Integration von NFC (Near Field Communication) in unsere Schliesssysteme, zum Beispiel für Hotels. Doch unsere Produkte bieten mehr als nur Sicherheit. Sie vereinfachen dem Kunden die Arbeitsabläufe, erfüllen höchste ästhetische Ansprüche, sind kompatibel mit verschiedensten Technologieplattformen, lassen sich nahtlos in bestehende Systeme integrieren oder bieten einen hohen Komfort dank einfacher Handhabung.

Nach den normalen mechanischen Schliesssystemen kamen die mechatronischen, dann die intelligenten Zutrittskontrollsysteme. Wie geht es weiter?
Wir stellen eine Tendenz zu internetbasierten Systemen (sog. Cloud-Lösungen) fest. Die Verlagerung hin zu elektronischen Lösungen wird weiter zunehmen, vor allem im Bereich der Geschäftsliegenschaften. Allerdings geht der Wechsel von mechanischen oder mechatronischen zu diesen intelligenten Systemen naturgemäss langsam vonstatten. Dies hängt sicher mit den langen Investitionszyklen sowie der Langlebigkeit der bestehenden Schliesssysteme zusammen.

Was empfehlen Sie als Sicherheitspaket einem Normalbürger für seine Wohnung, für sein Haus?
Die zu empfehlenden Massnahmen hängen sehr vom einzelnen Wohnobjekt ab. Fundament jedes Sicherheitspaketes ist natürlich eine solide Türe mit einer passenden Schliessanlage. Dabei geht es nicht nur um die eigentliche Sicherheit vor Einbrüchen. Vielmehr muss auch die Schliessanlage als Ganzes betrachtet werden. Ich denke hier besonders an Schlüsselverlust oder unkontrollierte Schlüsselkopien bei Geschäfts- oder Mietobjekten. Hier bieten beispielsweise unsere mechatronischen oder elektronischen Systeme mit Patentschutz beste Voraussetzungen.

Wie müsste sich eine moderne Firma ausstatten, wenn sie von allen attraktiven Angeboten von KABA in sinnvoller Weise profitieren möchte?
Da empfehle ich ein flexibles Zutrittskontrollsystem für das Gelände und das Gebäude, vorzugsweise mit kontaktloser Technologie, sowie Sensorschleusen bei den Eingängen zu besonders sensitiven Bereichen, kombiniert mit einem Betriebsdaten- und Zeiterfassungssystem. Diese Kombination bietet nicht nur höchstmöglichen Schutz, sondern auch optimale Effizienz.

Was bietet KABA im Hochsicherheitsbereich an?
Kaba hat ein breites Angebot an elektronischen Hochsicherheitsschlössern, beispielweise für Regierungs- und Geschäftsgebäude, sowie Schlösser für Geldausgabeautomaten (ATMs) aber auch Produkte zur Sicherung von Transit- und Frachtgütern. Das Sortiment wird weiter ergänzt durch Tresorschlösser sowie mechanische und elektronische Schlösser für verschiedenste Gehäuse und Container wie auch Karusselltüren.

Erwarten uns demnächst revolutionäre Innovationen von KABA?
Lassen Sie sich überraschen. Wir haben ja schon angekündigt, dass wir in sogenannte „Trusted Services" rund um die neuartigen NFC-Systeme (Near Field Communication) investieren. Damit soll es möglich werden, das Mobile Phone als „Schlüssel" einzusetzen. Bei sehr hoher Flexibilität müssen keine Abstriche bei der Sicherheit gemacht werden. Unsere elektronischen Schliesssysteme sind übrigens seit einigen Jahren NFC-bereit – nun muss zusammen mit Partnern wie beispielsweise Telekommunikationsunternehmen noch die entsprechende Systemumgebung etabliert werden.

Der Rhythmus von Neuprodukten liegt bei elektronischen Geräten in halb- und jährlichen Updates und Neukonzepten. Wie ist das Im Sicherheitsbereich bei Ihren Zutrittsmanagement-Systemen?
Wir verbessern unsere Produkte laufend – allerdings dürfen unsere Zyklen nicht mit denjenigen von elektronischen Geräten verglichen werden. Bei der Entwicklung arbeiten wir eng mit technischen Universitäten zusammen, so aktuell zur Grundlagenforschung im Rahmen einer Forschungspartnerschaft mit dem renommierten Zurich Information Security and Privacy Center (ZISC) der ETH Zürich. So entstehen wegweisende Lösungen und Produkte mit praktischem Zusatznutzen für die Anwender. Die Innovationsfreude von Kaba zeigt sich in den gegenwärtig über 300 Patenten und das in mehr als 60 Ländern. ◀

Ulrich Graf wurde am 16. Mai 1945 in Winterthur geboren. Er ist Bürger von Wolfhalden (AR). Nach der Matura und dem Elektroingenieurstudium an der ETH Zürich wurde er Verkaufsleiter und Technischer Leiter der Procalor AG in Zürich, bevor er die Geschäftsführung verschiedener Bauer Kaba Gesellschaften übernahm.

1984 wurde Ulrich Graf Mitglied der Unternehmensleitung und 1989 Mitglied des Verwaltungsrates der Kaba Holding AG in Rümlang. 1990 bis 2006 war er Direktionspräsident und Delegierter des Verwaltungsrates, seit 2006 ist er Präsident des Verwaltungsrates.

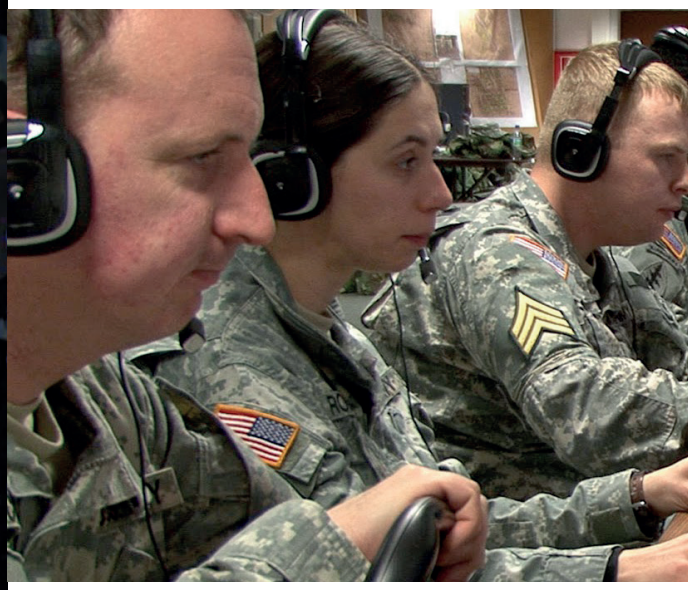
Aufrüstung im Cyberspace

DER CYBERKRIEG HAT SCHON BEGONNEN

Geheimdienste, Militärs und Auftragshacker liefern sich ein Wettrüsten für den Cyberwar. Doch ob dahinter eine neue Art der Kriegsführung oder vielmehr kriminelle Aktionen stecken, ist umstritten. Konzerne wittern jedenfalls ein Milliardengeschäft.

Computerbildschirm im Cyber-Abwehrzentrum der USA bei einer Übung: Auch Bootnetze, mit denen Kriminelle Überlastungs-Attacken initiieren oder Spam versenden, stehen unter Beobachtung.

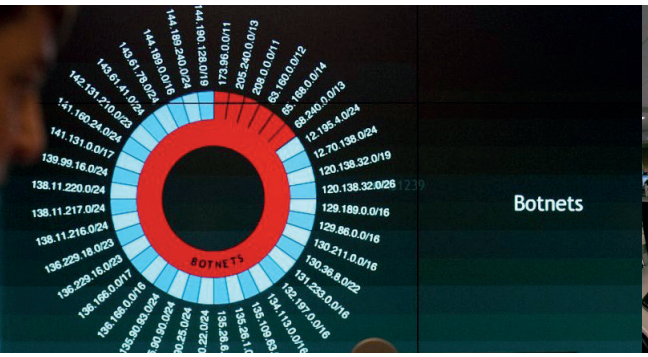
Das Cyber-Abwehrzentrum der USA in der Nähe von Washington: Sollte ein Internet-Angriff wichtige Infrastrukturen lahmlegen und Menschenleben gefährden, soll notfalls das Militär mit konventionellen Mitteln einschreiten.

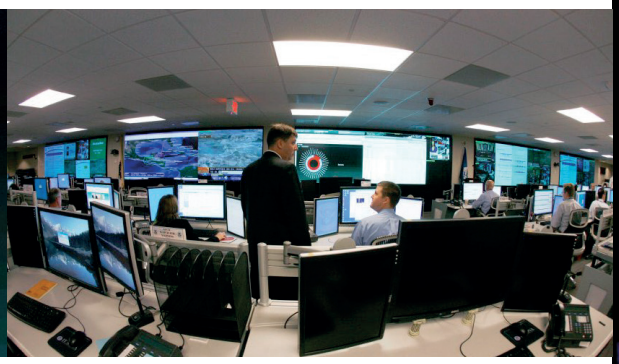


| von June Carter

Für das US-Militär ist die Sache klar: Ihre Soldaten kämpfen am Boden, in der Luft, im Wasser, im Weltall - und im Cyberspace, jenem virtuellen Raum, der durch die Vernetzung von Millionen Computern rund um die Erde entsteht. Ganz selbstverständlich sehen die Strategen im Pentagon, bei der Nato und bei 25 bis 30 Staaten rund um den Globus das Netz als künftiges Schlachtfeld an. Alle haben bereits Kapazitäten für den künftigen Cyber-Krieg aufgebaut. Das Horrorszenario: Im Staatsauftrag oder zumindest mit Rückendeckung einer Regierung machen sich Hacker an wichtiger Infrastruktur zu schaffen; an Flugabwehr, Kraftwerken, Kommunikationszentralen und an Banken.

Längst hat ein Wettrüsten begonnen. Regierungen, Geheimdienste und Militär verpflichten Hacker und Programmierer. Sie entwickeln Trojaner und Viren, mit denen sie in fremde Rechnernetze eindringen können, um Daten zu stehlen oder Schaden anzurichten. Sie schleusen Software auf Tausenden von Rechnern ein, um sie unbemerkt kontrollieren zu können.





US-Soldaten proben den Cyberwar: Nationale Abwehrzentren soll jedes Land auf der Welt errichten, fordert die US-Regierung.

Was ist der Cyberwar?

Von einem Krieg im herkömmlichen Sinne unterscheidet er sich grundsätzlich. Denn im Gegensatz zu schwerem Kriegsgerät, das dem Militär vorbehalten ist und dessen Verbreitung kontrolliert wird, stehen die Waffen eines Cyberwar - Viren, Trojaner, Sicherheitslücken - zumindest theoretisch jedem offen.

Dazu müssen Computer nicht einmal direkt mit dem Internet verbunden sein: Es kann schon ausreichen, dass jemand einen USB-Speicherstick erst auf einem Internetrechner nutzt und dann auf einem Computer in einem lokalen, abgeschotteten Netz, damit sich ein Virus übertragen kann. Stuxnet frass sich so weiter bis in die spezialisierten Steuercomputer der Zentrifugen in Iran, mit denen Uran angereichert werden sollte - und sabotierte sie. Die USA forcieren die digitale Aufrüstung: Das Pentagon will die Schlagkraft seiner Cyber-Streitkräfte in den Datennetzen kräftig aufstocken. Die Zahl der Spezialisten für Cyber-Kriegsführung soll verfünffacht werden, federführend ist die Sicherheitsbehörde NSA.

Sie sollen die Computer und Netzwerke schützen, von denen die nationale Infrastruktur der USA abhängt (z.B. Stromnetze und Kraftwerke), ebenso die Netzwerke des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte, aber auch mit Experten, die Streitkräfte im Ausland bei der Planung und Durchführung von Angriffseinsätzen zur Seite stehen.

Sicherheit im Netz gibt es nicht mehr

Die US-amerikanischen und britischen Geheimdienste arbeiten seit Jahren mit Hochdruck an der Dechiffrierung von Daten, auf deren Verschlüsselung sich Millionen Internetnutzer verlassen. Offensichtlich wiegt man sich in der IT-Welt in falscher Sicherheit, glaubt, dass die heutigen Verschlüsselungsalgorithmen so stark seien, dass sie kaum auszuhebeln sind. Doch die jüngsten Snowden-Enthüllungen zeigen, dass US-Geheimdienste trotzdem selbst stark verschlüsselte Inhalte und chiffrierte Nachrichten, auch in angeblich sicheren Systemen im Klartext mitlesen können.

Die NSA allein investiert pro Jahr 440 Millionen Dollar in die Erforschung von Krypto-Technologie – doppelt so viel wie die National Science Foundation in den USA für die mathematische Forschung ausgibt.
Sie nutzt diese Kenntnisse für Offensiv-Aktionen im Internet. Fremde Regierungen, Militärsysteme, Firmen und ganze Länder werden abgehört und ausgeforscht. Auch auf die Öffentlichkeit erfolgen Attacken. Erste erfolgreiche Tests sind bereits umgesetzt. Mit Tarn-Identitäten streuen virtuelle Internetnutzer gezielt Nachrichten oder Falschinformationen in Blogs, auf Social-Media-Plattformen und anderswo, um die Meinungsbildung bei den Nutzern solcher Plattformen zu beeinflussen. Bereits sind weltweit mehr als 85 000 Systeme mit Spionage-Software infiziert; die befallenen Computer werden durch die US-Geheimdienste mit einem speziellen Botnetz kontrolliert.

Bedrohung durch ein „digitales Pearl Harbour“

Die USA befürchten ein „digitales Pearl Harbour“, wenn sie ihre Cyber-Verteidigung nicht stark ausbauen; feindlich gesinnte Nationen oder Extremistengruppen

Treffen von Nato-Aussenministern im Oktober 2010: Das militärische Abwehrbündnis sucht nach dem Ende des Kalten Krieges nach neuen Aufgaben. Künftig kann auch bei Cyber-Attacken der Bündnisfall ausgerufen werden.

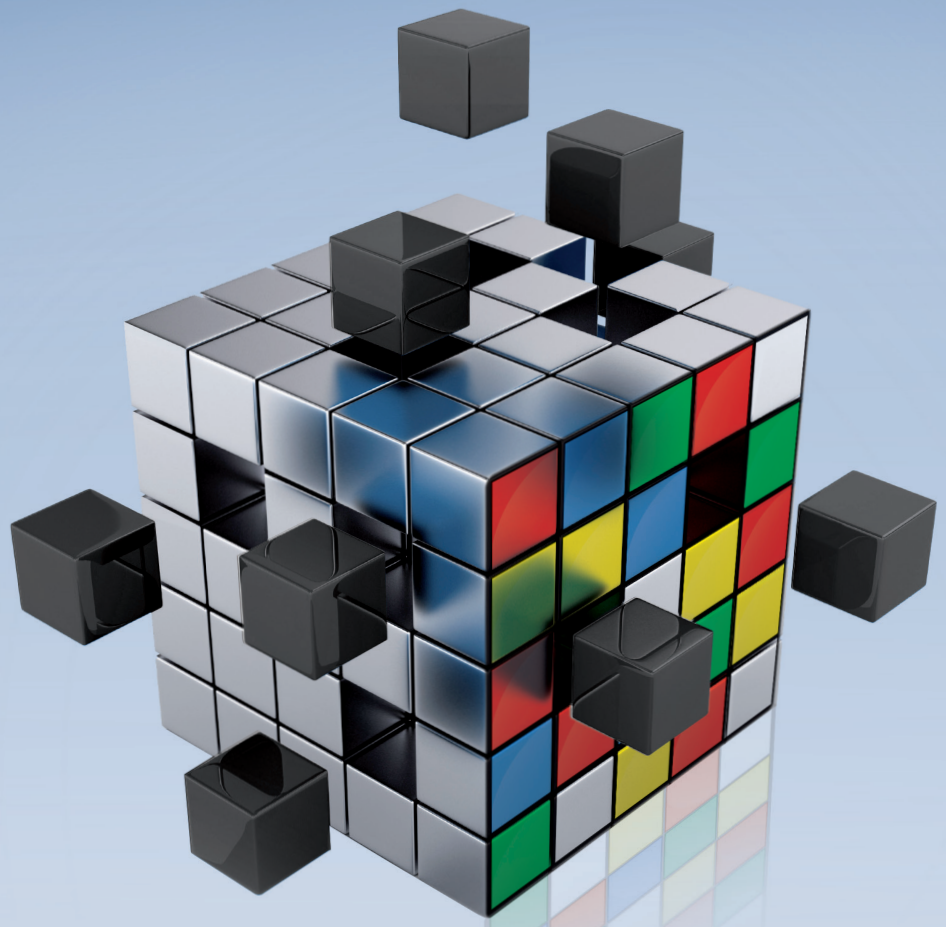
könnten den USA durch einen Cyber-Angriff schwere Schäden zufügen. Eine besonders gefährliche Bedrohung sehen US-Militärs in iranischen, russischen und chinesischen Netzangriffen. Der russische und der chinesische Geheimdienst versuchen massiv, Geheimnisse bei der Nato abzuschöpfen. Die Sicherheitsabteilung der Allianz registriert bis zu 30 Cyber-Angriffe pro Tag. Die Nato-Offiziere wurden bereits eindringlich gewarnt. Die USA verschärfen jetzt ihren Kampf gegen Cyber-Angriffe mit allen Mitteln: Staaten, die als Urheber von Hacker-Attacken auf amerikanische Einrichtungen gelten, sollen künftig mit Handelssanktionen belegt oder gar militärisch angegriffen werden; auf Mausklicks könnten Bomben und Raketen folgen.

Der Cyber-Krieg hat längst begonnen

Täglich geistern Meldungen über Cyber-Attacken durch die Netz- und Medienwelt:

- Als erster richtiger «Cyberwar» im militärischen Bereich gilt der Kosovo-Krieg 1999. Die Nato-Allianz störte und manipulierte damals das serbische Luftabwehr-System, griff das jugoslawische Telefonnetz an und brach auf elektronischem Weg in Banken ein, um Konten leerzuräumen. Die serbischen Kräfte störten ihrerseits Computer der Nato.
- Der US-Geheimdienst NSA hat bereits seit 2006 die Kommunikation von Al-Dschasira-Mitarbeitern überwacht. Die Späher feierten die Aktion als grossen Erfolg.
- Wanzen, Screenshots und Tarnnamen: Der US-Geheimdienst NSA hat seit 2010 französische Vertretungen in New York und Washington überwacht. Besonders interessierte die Späher das Computernetz der Diplomaten.
- 2011 geschah einer der grössten Datendiebstähle in der Geschichte des Pentagons: Dem US-Verteidigungsministerium wurden bei einem Cyber-Angriff 24 000 geheime Dokumente entwendet - hinter der Attacke wird eine ausländische Regierung vermutet.
- Seit Jahren ist eine chinesische Hackertruppe dabei, systematisch Erkenntnisse über US-Drohnen auszuforschen. Die Gruppe operiert von Shanghai aus und greift gezielt kleinere und grössere US-Unternehmen an.
- Auch Nordkorea unterhält ein Heer von Hackern, um feindliche Staaten auszuspionieren und punktuell anzugreifen.
- Hacker aus China sollen zwei Drittel der grossen US-Waffensysteme ausgespäht haben. Laut dem Geheimbericht einer Regierungskommission waren die Cyber-Diebe auf technische Details über Raketensysteme, Kampfjets und Hubschrauber aus.
- Bei einem Angriff gegen das Netzwerk der Ölfirma Saudi Aramco wurden unlängst 30 000 Computer der saudi-arabischen Firma mit einem Virus infiziert.
- IT-Experten haben einen neuen Computerschädling identifiziert, der noch gefährlicher sein könnte als Stuxnet: Der Virus Flame soll bereits seit Jahren aktiv sein und hochsensible Daten sammeln - Tausende Rechner im Nahen Osten, im Iran und in Nordafrika sind demnach befallen.
- Deutsche und internationale Firmen für Überwachungstechnik werben auch massiv in autoritären Staaten wie Turkmenistan, Oman oder Kasachstan.
- Die US-Marines sind Opfer eines Angriffs der syrischen Hackertruppe geworden: Die Syrian Electronic Army legte letzthin die Rekrutierungsseite der Marineinfanterie lahm und füllte sie mit Aufrufen gegen einen US-Einsatz in Syrien.

Auch unser Hochtechnologie-Land muss sich für diesen Kriegsschauplatz rüsten. Parteien fordern den Aufbau einer Schweizerischen «Cyberwar»-Einheit. Im VBS werden erste Massnahmen bereits umgesetzt. ◀



BEYOND SECURITY

KABA®

Schliesssysteme von Kaba kennen keine Grenzen.

Kaba star Keylink

Planen ohne Limite: Der flexible Einsatz von bis zu 45 unabhängigen Zylindergruppen ermöglicht unbegrenzte individuelle Schlüsselkombinationen.

Kaba evolo

Sprengt die Grenzen der Gegenwart: Das zukunftsweisende Zutrittssystem im preisgekrönten Design. Modular, flexibel, bedienerfreundlich – in zwei Minuten nachrüstbar.

Kaba AG
Total Access Schweiz
Wetzikon – Rümlang – Crissier
Telefon 0848 85 86 87
Fax 044 931 63 85
www.kaba.ch

SO REDEN WIR MIT ...

Vorschau

Abstimmungen vom 24. November 2013

Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes

100 Franken für die Autobahnvignette per 2016

Es soll eine Zweimonatsvignette geschaffen werden und die Jahresvignette soll neu statt 40 Franken 100 Franken kosten. Die letzte Preisanpassung liegt fast 20 Jahre zurück. Die Vignetten-Erträge des Bundes kommen vollständig der Spezialfinanzierung Strassenverkehr zugute und sollen, gemäss Bundesrat dazu verwendet werden, rund 400 Kilometer an kantonalen Strassen zu finanzieren, die neu ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden. Viele Regionen könnten so besser erschlossen und mit Umfahrungen entlastet werden. Der Vignettenpreis wird zudem erst erhöht, wenn deren Reserven unter die Schwelle von einer Milliarde Franken sinken. Damit wird sichergestellt, dass kein Geld auf Vorrat beschafft wird. Die Erhöhung erfolgt gemäss Finanzplanung bei einem Ja zur Vignetten-Vorlage voraussichtlich auf Anfang 2016.
Prognose: Trotz dem Griff ins Portemonnaie des Bürgers, dürfte eine „Zustimmung mit Zähneknirschen" erreicht werden.

Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne»

Deckel gegen Lohnexzesse

Die Volksinitiative der JUSO verlangt, dass niemand mehr als zwölf Mal weniger verdient als die bestbezahlte Person im gleichen Unternehmen. Der Bundesrat geht mit den Initiantinnen und Initianten einig, dass die in den letzten Jahren bei den sehr hohen Löhnen beobachteten Entwicklungen zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen führen könnten. Er ist jedoch der Meinung, dass die bestehenden und geplanten politischen Massnahmen bessere Resultate bringen dürften. Die Festlegung der hohen und höchsten Saläre sei Sache der Unternehmen. Der Staat müsse von direkten Eingriffen in die Festsetzung von Löhnen bei privaten Unternehmen absehen.
Prognose: Viele Bürger machen auf Grund der bekannten Lohnexzesse gewisser Kreise die Faust im Sack. Auch wenn Bundesrat, Parlament und Wirtschaft das Ansinnen ablehnen, könnte es eine Überraschung, wie bei der „Abzocker-Initiative", geben.

Rückblick

Abstimmungen vom 22. September 2013
(Stimmbeteiligung rund 47 %)

Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»

Für eine Freiwilligen-Armee

Mit über 73,2 % der Stimmen (alle Kantone mit Nein) hat das Stimmvolk den Wehrpflicht-Gegnern eine wuchtige Absage erteilt. Die Initiative richtete sich indirekt gegen die Armee, damit ist das Ergebnis ein deutliches Bekenntnis zur heutigen Armee.
Welche Argumente haben sich durchgesetzt?

- Eine freiwillige Milizarmee kann keine genügende Sicherheit garantieren.
- Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass freiwillige Armeen kaum Soldaten finden.
- Eine Freiwilligen-Armee wird aus Leuten bestehen, die gerne Waffen und Krieg haben.
- Die Wehrpflicht sorgt für eine gute Durchmischung der Soldaten hinsichtlich Fähigkeit und kulturellem Hintergrund.
- Die Kosten einer freiwilligen Milizarmee sind nicht tiefer als die der Armee mit Wehrpflicht.
- GSoA ist als Initiant vielen Menschen suspekt und bei einer breiten Bevölkerung unbeliebt.

Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen

Volk für ein moderneres Epidemiengesetz

Das Volk stimmte mit genau 60 % zu (19 Kantone mit Ja, 3 mit Nein). Abgelehnt wurde das Gesetz in sehr konservativen Kantonen. Die deutliche Zustimmung entstand durch hohe Ja-Anteile in der Westschweiz und den städtischen Gebieten. Damit sollen die Behörden besser gegen übertragbare Krankheiten vorgehen und diesen besser vorbeugen können.

Was wird nun geändert?

- Der Bundesrat kann durch eine neu geschaffene Gefahrenstufe („besondere Lage") früher Massnahmen gegen Epidemien ergreifen.
- Um eine übertragbare Krankheit zu verhüten und frühzeitig zu bekämpfen, müssen Bund und Kantone im Gefahrenfall früher entsprechende Massnahmen ergreifen.
- Der Bund erhält mehr Verantwortung. Gleichzeitig arbeitet er aber enger mit den Kantonen zusammen.
- Es gibt nun detailliertere Bestimmungen, wie man mit Informationen von Personen mit übertragbaren Krankheiten umgehen muss.
- Der Bund kann vermehrt mit dem Ausland zusammenarbeiten, um übertragbare Krankheiten zu verhindern und zu bekämpfen.

Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel

Shoppen wie am Tag – an 24 Tankstellen

55.8 % Ja (18 Kantone mit Ja, 5 mit Nein). Künftig können Tankstellenshops an Hauptverkehrsachsen die ganze Nacht das vollständige Sortiment verkaufen. Betroffen sind gerade mal 24 der rund 1330 Tankstellen in der Schweiz.

Was hat sich durchgesetzt?

Die Vernunft! Jetzt ist der Verkauf von Bratwürsten oder Gemüsekonserven in der Nacht wieder erlaubt. Gestelle müssen nicht mehr abgedeckt werden. ◀

Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen

Die eigene Betreuung der Kinder steuerlich fördern

Die Bundesverfassung soll neu einen mindestens so hohen Steuerabzug für die Eigen- wie für die Fremdbetreuung der Kinder garantieren.

Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, sollen steuerlich gefördert werden. Daher müssen sie mindestens den gleich hohen Steuerabzug vom steuerbaren Einkommen abziehen können. Damit soll die traditionelle Familienstruktur bewahrt werden, weil sie steuerlich attraktiver sein wird als die Fremdbetreuung. Ebenso soll durch die Eigenbetreuung die Eigenverantwortung gestärkt werden. Eltern sollen nach dem Willen der Initianten (SVP) die elterlichen Pflichten nicht an den Staat delegieren. Es stellt sich die Frage, ob die Betreuung der Kinder von Steueranreizen abhängen soll. Die Initiative hat sowohl Auswirkungen auf die direkte Bundessteuer als auch auf die Kantons- und Gemeindesteuern und wird, je nach Ausgestaltung, Steuerausfälle von 400 Millionen bis 1.4 Milliarden Franken verursachen. So attraktiv sich die Initiative auf den ersten Blick präsentiert, so hat sie einen Hacken: bei den Bundessteuern profitieren nur die gut Verdienenden, die überhaupt Direkte Bundessteuern bezahle. Familien im unteren Lohnsegment – rund 50 % der Steuerzahler – haben nichts davon.

Prognose: Das Argument, dass Elternpaare, die ihre Kinder zu Hause betreuen, künftig die gleich hohen Abzüge bei der Bundessteuer machen können wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, zieht und stösst in der Bevölkerung auf grosse Zustimmung, wie die letzten Umfragen zeigen. Rund 64 Prozent der Stimmberechtigten stimmen der Vorlage eher zu, ohne sich des oben erwähnten Hackens bewusst zu sein. ◀

Personenfreizügigkeit Schweiz

ÜBERFREMDUNG ODER FORTSCHRITT – GEFAHR ODER CHANCE

Ein Überblick der politischen Beschlüsse, der wichtigsten Entwicklungen sowie der bisherigen Studien zum Thema Personenfreizügigkeit.

| von protect-it in Zusammenarbeit mit VIMENTIS

Positive Effekte überwiegen bisher leicht

Im Jahr 2002 ist das Abkommen in Kraft getreten. Die Einwanderung aus der EU ist seither stark gestiegen, wie Abbildung 1 zeigt. Hierbei machen Personen aus Deutschland den grössten Anteil aus.

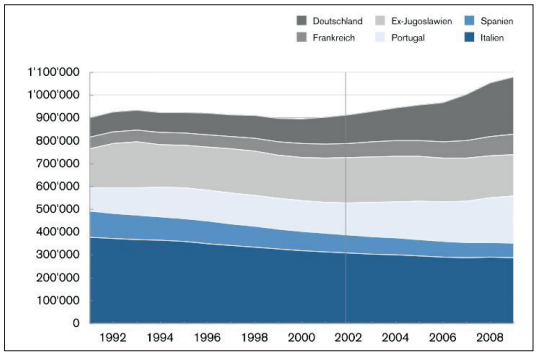


Abb. 1: Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit. Quelle: BfS

Die zentralen Ziele des Abkommens wurden zumindest teilweise erreicht. So sprechen die Zuwanderung gut gebildeter Fachkräfte und die vergleichsweise positive wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz im Vergleich zum Ausland für das PZA (vgl. Abb. 2). Allerdings sehen viele Firmen nach wie vor einen Mangel an Fachkräften. Zudem haben seit Inkrafttreten des Abkommens nicht markant mehr Schweizer Bürger die Möglichkeit genutzt, im europäischen Ausland zu arbeiten und zu wohnen.

Befürchtungen wie eine Zunahme der Arbeitslosigkeit oder deutliche Lohneinbussen sind hingegen bislang nicht eingetreten (vgl. Abb. 3 und 4). Zwar hat die Zuwanderung einzelne Gruppen tatsächlich negativ betroffen, insgesamt aber sind die Auswirkungen beschränkt. Bei den Problemen auf dem Wohnungsmarkt sowie bei der Verkehrsbelastung zeigt

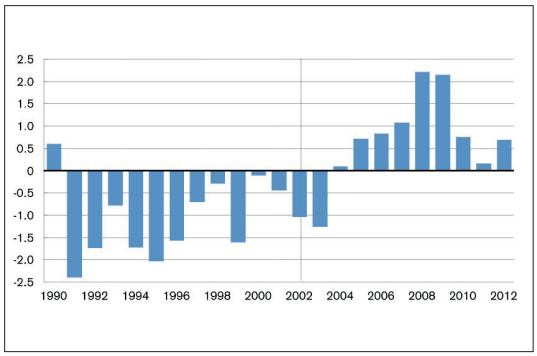


Abb. 2: Wachstumsdifferenz Schweiz-OECD. Quelle: IMF

sich, dass die Zuwanderung eine von vielen Ursachen darstellt. Allerdings muss festgehalten werden, dass der steigende Ausländeranteil der Schweizer Bevölkerung gemäss Umfragen nach wie vor Sorge bereitet. Es gibt hingegen kaum Hinweise, dass das PZA zu mehr Sozialbetrug oder zu einer höheren Kriminalität geführt hat.

Zuwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte als Erfolgsfaktor

Somit ergibt sich, dass bisher die positiven Effekte leicht überwiegen. Ein Grund hierfür ist, dass seit dem Abkommen überwiegend hochqualifizierte Fachkräfte in die Schweiz einwandern. So besitzt mehr als jeder zweite erwerbstätige Einwanderer einen Abschluss einer Fachhochschule oder einer Universität. Für diese Leute gab es in der Schweiz bisher genügend Stellen. Daher ist weder die Arbeitslosigkeit gestiegen (Abb. 3) noch sind die Löhne gesunken (Abb. 4).

Negative Effekte gab es vereinzelt für hochqualifizierte Schweizer Arbeitskräfte oder für Arbeitnehmende in Grenzregionen. Des Weiteren scheint das Bildungsniveau der Zuwanderer zumindest teilweise zu erklären, warum auch die Sozialwerke in der Schweiz kaum stärker belastet sind als vor dem Abkommen.

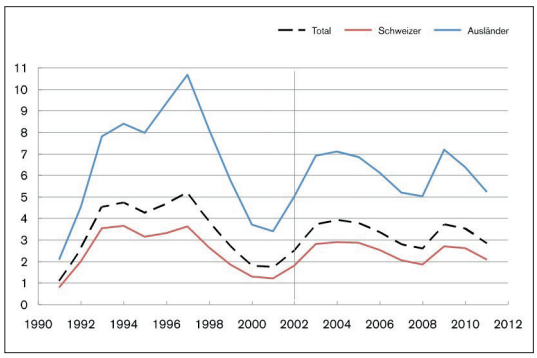


Abb. 3: Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit. Quelle: BfS

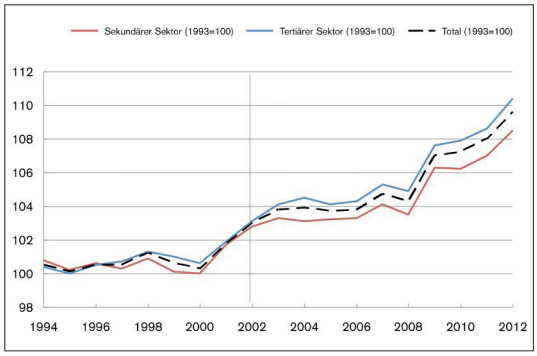


Abb. 4: Lohnentwicklung in der Schweiz. Quelle: BfS

Die Zuwanderung beeinflusst sowohl den Wohnungsmarkt als auch die Verkehrsbelastung. Sie ist aber bei Weitem nicht der einzige Faktor. Die Verkehrsbelastung folgt einem langfristigen Wachstumstrend. Dieser ist auf den gestiegenen Wohlstand und die höhere Mobilität der Leute zurückzuführen. Der gesteigerte Wohlstand bewirkt, dass die Leute sich vermehrt leisten können, weiter zu fahren.

Der Wohnungsmarkt hat sich im Vergleich zu den 1990er-Jahren tatsächlich ausgetrocknet. Allerdings standen damals durch das Platzen der Immobilienblase vergleichsweise viele Wohnungen leer. Die steigenden Mietpreise sind eine Folge dieser Wohnungsknappheit sowie der tiefen Zinsen. Letztere erleichtern den Erwerb eines Eigenheims oder einer Wohnung. Es kommt hinzu, dass sich die Schweizer Bevölkerung seit den 1980er Jahren stetig mehr Platz zum Wohnen leistet. So lebt eine Person heute durchschnittlich auf über 50 Quadratmetern, während es vor dreissig Jahren noch 34 Quadratmeter waren. Dies hat vor allem in den Grossregionen Zürich und Genf zu Engpässen auf dem Wohnungsmarkt geführt. Parallel dazu ist allerdings auch das Angebot an Wohnungen zuletzt deutlich gestiegen.

Aktuelle Situation

Das Thema Personenfreizügigkeit ist nach wie vor sehr bedeutend in der Schweizer Politik. Einerseits hat der Bundesrat zuletzt im Frühjahr 2013 die Zuwanderung aus den EU Staaten begrenzt (sog. „Ventilklausel“). Konkret wird die Schweiz in diesem Jahr nicht mehr als 53’700 Aufenthaltsbewilligungen für Bürger aus den „alten“ EU-Staaten (bspw. Deutschland, Frankreich) ausstellen. Für die osteuropäischen EU-Staaten ist die Zuwanderung bereits im Frühjahr 2012 beschränkt worden. Anderseits hat der Bundesrat beschlossen, den gemeinnützigen Wohnungsbau stärker zu fördern. Allerdings ist er nicht der Meinung, dass der Staat stark in den Wohnungsmarkt eingreifen müsse. Der Markt funktioniere im Grossen und Ganzen recht gut.

Schliesslich ist das Thema Zuwanderung auch Gegenstand zweier Volksbegehren, welche inzwischen hinreichend Unterschriften gesammelt haben. Hierbei geht es zum einen um die von der SVP lancierte Initiative „Gegen Masseneinwanderung“. Zum andern hat ECOPOP die Initiative „Stopp der Überbevölkerung – Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ begründet. ◀

Ergebnisse zu Zielen und Befürchtungen im Überblick

Ziel 1: Mangel an Fachkräften beheben	Die Zuwanderung der letzten Jahre setzt sich vor allem aus formal gut gebildeten Personen zusammen, der Fachkräftemangel wurde vermutlich leicht gesenkt.
Ziel 2: Wirtschaftswachstum fördern	Es ist schwer, den Effekt auf das BIP bzw. das BIP pro Kopf zu isolieren. Insgesamt scheint der Effekt des PZA eher gering, aber positiv.
Ziel 3: Schweizer Arbeitnehmern die Aufnahme von Arbeit im Ausland erleichtern	Es leben heute zwar mehr Schweizer im Ausland als vor zehn Jahren, aber der Trend hat sich verlangsamt, vermutlich auch, weil die Schweizer Wirtschaft sich besser entwickelt hat als in den 1990er-Jahren.
Befürchtung 1: Anstieg der Arbeitslosigkeit	Insgesamt kann kein Effekt auf die Arbeitslosigkeit von Schweizern ausgemacht werden. Auch bei der Erwerbstätigenquote gibt es keine Veränderung. Verdrängungseffekte gab es nur vereinzelt, etwa bei Hochqualifizierten.
Befürchtung 2: Druck auf die Löhne	Es gibt kaum Hinweise darauf, dass das PZA einen negativen Effekt auf die Löhne ausgeübt hat, eher sind andere Faktoren (technologischer Wandel, Outsourcing) für Lohneinbussen am unteren Verteilungsende für Veränderungen verantwortlich.
Befürchtung 3: Wohnungsknappheit	Es gibt eine Vielzahl an Ursachen für steigende Mieten in der Schweiz. Die Zuwanderung hat zwar die Nachfrage nach Wohnungen erhöht, aber verschiedene andere Trends führen ebenfalls zu einer gestiegenen Nachfrage. Das Angebot an Wohnungen ist zuletzt auch deutlich gestiegen, wodurch die Engpässe sich tendenziell reduzieren sollten.
Befürchtung 4: Verkehrsbelastung	Die Fahrleistungen auf Strasse und Schiene steigen schon seit Mitte der 1990er Jahre. Auch hier kann die Zuwanderung eine Rolle spielen, aber die Entwicklung wird massgeblich von anderen Faktoren bestimmt.
Befürchtung 5: Überfremdung	Der Ausländeranteil ist tatsächlich deutlich gestiegen. Trotz der Tatsache, dass vermehrt Einwanderer aus kulturell und sprachlich ähnlichen Regionen in die Schweiz kommen, wird die Überfremdung als aktuelles Problem wahrgenommen.
Befürchtung 6: Sozialhilfemissbrauch	Die Zuwanderung fand zuletzt vermehrt in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme statt. Bei den Sozialhilfeempfängern hat es entsprechend kaum Veränderungen gegeben.
Befürchtung 7: Anstieg der Kriminalität	Kriminalität ist ein Aspekt, der eher mit Schengen/Dublin (Wegfall der Grenzkontrollen) zusammenhängt. Zwar ist der Anteil Ausländer an den Verurteilungen in der Schweiz gestiegen, allerdings gilt es hier auch den gestiegenen Ausländeranteil in der Bevölkerung zu beachten.

Black Eagle® Adventure 10 low

EIN NEUER HAIX IM HÄRTE-TEST

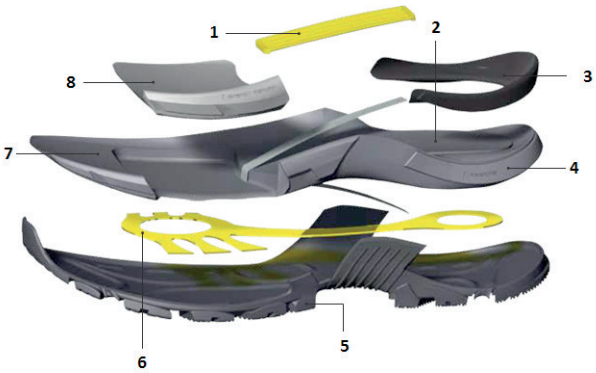
Immer wieder testen wir HAIX-Schuhwerk unter extremen Bedingungen, lassen sie «leiden», Grenzwertiges erleben, so den Ranger GSG9-S, den HIGH WALKER und den AIRPOWER DESERT. Das heisst: schwieriges Gelände, Hitze, Kälte, Nässe und Tragen über mehrere Monate – auch wieder in unserm bevorzugten Testgebiet in Zentralafrika. Nur so weiss man, was ein Schuh taugt.

| von protect-it Test-Team

Dieses Mal ist es ein Sportschuh aus der „Black Eagle"-Linie, den man aber auch im Alltag tragen kann, gerade wegen seines eleganten Aussehens. Mancher fragt sich, ob es sich lohnt beinahe 200 Franken für einen Schuh hinzulegen. Wir liefern die Antwort – nur eines kann man schon vorausnehmen: HAIX hat bisher die verrücktesten Tests durch unser Team immer bestanden. – Wir werden sehen, ob es wieder so ist, in einer der nächsten Ausgaben.

Technische Beschreibung
Obermaterial: Mikrofaser-Textil-Kombination; Innenfutter: 3-lagiges GORE-TEX®-Laminat, wasserdicht und atmungsaktiv, abriebfest mit hohem Klimakomfort; Einlage: Komfortabel, dämpfend, feuchtigkeitsableitend, antibakteriell und die separate Fersenschale sorgt für gute Dämpfung und Fussführung; Laufsohle: aus Gummi, öl-, benzin-, hitze- und kälteresistent, nicht kreidend, sehr gute Haftung auf unterschiedlichem Terrain durch Profilgestaltung, stabilisiert den Schuh und führt den Fuss während der Abrollbewegung und verhindert gleichzeitig ein Durchdrücken von Unebenheiten zum Fuss; Zwischensohle: Leicht, dämpfend, stützend, speziell im Fersenbereich, im Vorfussbereich ist stark rückfederndes Material eingebaut; Schafthöhe 7,5 cm; metallfrei; Farben: grün, rot, blau; Grössen: normal und Übergrössen; Gewicht: 800 g leicht.

Preis: SFr. 198.70



1 Gelenkstück gegen das Durchbiegen der Sohle

2 Fersenstütze verhindert das Einknicken

3 Einsatz zur Stabilisierung der Ferse

4 Zwischensohle: dämpfend im Fersenbereich

5 Gute Haftung auf unterschiedlichem durch die Profilgestaltung und Spezialgummi

6 Steinschutz und Stabilisator gegen das Durchdrücken von Unebenheiten zum Fuss

7 Zwischensohle: insgesamt leicht, dämpfend, stützend

8 Spezial-Zwischensohle im Vorfussbereich: aus stark rückfederndem Material

In der Praxis – hart getestet!

OLIGHT M20-X WARRIOR SPECIAL OPERATIONS

Eine echt starke Lampe für Profis im Einsatz. Wer sie hat, braucht keine andere! Die hier gezeigte M20-X Warrior S ist nur eine aus einer grossen Anzahl verschiedener OLIGHT-Modelle, sodass für jeden denkbaren Einsatz die richtige Lampe gefunden werden kann.

| von protect-it Test-Team

Material, Aufbau, Funktionen

Masse: 14 cm lang, 3,5 cm Durchmesser am Kopf, 2,5 cm am Body; Gewicht: 122.5 g (ohne Batterien); Gehäuse: Flugzeugaluminium hart anodisiert (Aluminiumoberfläche wird als Schutz in Aluminiumoxid umgewandelt); Farbe: eloxmatt-schwarz; Spezialität: Gewindeschonring; Spezialität: aufschraubbarer Edelstahlring zur Selbstverteidigung, als Glasbrecher aber auch als Lampenglasschutz; Frontglas: extrem hart, kratzfest und antireflexbeschichtet; Body: mit Riffelgriff; Dichtung: O-Ringe an jedem der zwei vorgefetteten Gewinde für Wasserdichtigkeit; Verpackung: in kompakter Deluxe-Plastik-Box, innen gepolstert, cool aussehend und sorgfältig gefertigt. LED: Cree XM-L, perfekt zentriert; Reflektor: OP-Spiegelreflektor, sehr effektiv, dazu optionaler Smoothreflektor für weicheres Licht und einen Lichtstreuaufsatz; Lampenbetrieb: in vier Modi, konstantstromgeregelt (mit Druckknopf am hinteren Ende werden die ersten drei Lichtstärke-Modi durch einen weissen Switch-Druckknopf im hinteren Bereich der Lampe gewählt, bei ausgeschalteter Lampe, kann mit dem weissen Switch- Druckknopf der Stroboskop-Modus – Frequenz 12 Hz – aktiviert werden); Batterien: die Lampe wird mit zwei 3V 1500 mAh CR123A Lithium-Batterien oder mit Akkus (unbedingt geschützte Akkus verwenden) betrieben; das S in der Lampenbezeichnung steht für „Special Operations".

Zubehör:

Batterien, Batterie-Tube (zum Direkt-Einsetzen in die Lampe), Holster mit unterem Licht-Loch, um die Lampe auch im Holster steckend zu benutzen (mit Seitentaschen für Reserve-Akkus, Klettverschluss-Schlaufen für das Anbringen am Gürtel), Montage-Kit für Befestigung an einer Waffe, Filter (weiss, rot, grün, blau) Anhängeschlaufe, Remote-Kabel), Gewindeschutz,, Ersatz-O-Ringe, Bedienungsanleitung.

Preis: Grundset Fr. 99.–
Vertrieb: www.yonc.ch; oder www.olight.ch.
Weitere Bilder (Details der Tests) auf der Website protect-it.ch, Rubrik„Testberichte".

Ein Lampe fürs Leben! Für Polizei, Militär und Sicherheitsleute nur zu empfehlen.

Testresultate

Lampen-Modi und Dauerbetrieb-Brenndauer
a) bei Volllast (500 Lumen): über 1 h 55
b) bei mittlerer Stärke (100 Lumen): über 6 h 30
c) bei kleinste Stärke (10 Lumen): über 105 h

Leuchtreichweite bei klarem Nachtwetter
a) bei Volllast: rund 240 m
b) bei mittlerer Stärke: 110 m
c) bei kleinster Stärke: 40 m

Temperatur-Test (Dauerbrennen oder nach Test einschalten und auf alle Stufen switchen)
a) Brenndauer auf niedriger Stufe bei -20 ° Celsius: 28 h 30
b) Funktion bei -32° Celsius nach 24 h (Tiefkühler): anfangs etwas Flackern, dann alle Funktionen korrekt
c) Funktion bei +80° Celsius nach 24 h (Backofen): alle Funktionen korrekt
d) Funktionen nach Kochen im Wasser bei 100 ° Celsius (10 Minuten): brennt ohne Schäden
e) Sonneneinstrahlung (unter UV-Lampe simuliert) 8 h: ohne Schäden

Wasserdichtigkeit
a) 1 Stunde in Tiefe: 1 m; 10 m; 50 m: kein Wasser im Lampeninnern, brennt ohne Unterbruch,

Vibrationstest
a) 1 Stunde im Steinrüttler: ohne Schaden, brennt ohne Unterbruch

Fall- und Schockbeständigkeit
a) Fallen aus 15 m auf Beton, Wurf über 33,5 Meter auf Beton: leichte Kratzer, brennt ohne Probleme weiter
b) starke Hammerschläge auf Gehäuse: Kratzer, brennt weiter

Drucktest
a) Mehrfaches Überrollen mit SUV (Gesamtgewicht 2,9 t): keine Schäden, brennt problemlos

Schocktest
a) Schleppen über 1 km auf Beton und Asphaltstrasse, Kratzer, brennt die ganze Zeit

Chemikalien-Test
a) Einlegen in Salzsäure, Schwefelsäure, Lauge, je eine Stunde: Problemlos, brennt weiter

Lange Lagerung ohne Gebrauch
a) Vergraben im Garten 0,5 m Tiefe, 30 Tage (nach Test einschalten und auf alle Stufen switchen): brennt problemlos

Fazit

+ Sehr kompakte Lampe zu einem günstigen Preis-Leistungsverhältnis
+ Handlich, gutes Design, perfekt verarbeitetes Material
+ Äusserst robust und resistent gegen alle in den Tests angewandten Zerstörungsversuche
+ Lange Brenndauern und gute Strahlreichweiten (vor allem im Volllast-Modus)
+ Die Lampe geht erst aus, wenn der Batterie-Deckel ganz abgeschraubt ist und nicht schon bei zufällig etwas aufgedrehtem Deckel
+ Eine Feder schützt den Lampenkopf beim Einbringen der Batterien.

– auf höchster Stufe leises Summen (praktisch nicht hörbar)
– bei Volllast (500 Lumen) wird die Lampe nach 15 Min. sehr warm
– bei Volllast (500 Lumen) nach 1 h 40 ganz kleiner Leistungsabfall

VICTORINOX
All inclusive
27 functions, 205 g, 105 mm
Victorinox AG, Schmiedgasse 57, CH-6438 Ibach-Schwyz, Switzerland, T +41 41 818 12 11, F +41 41 818 15 11, info@victorinox.ch
MAKERS OF THE ORIGINAL SWISS ARMY KNIFE | WWW.VICTORINOX.COM